Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Fernsprecher Nr. 926] Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“. Fernsprecher Nr. 926

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße Nr. 50/52, und die Post zu beziehen. — Preis vierteljährlich Mk. 1.60. Monatlich 55 Pfg. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg., für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungs-Anzeigen nur 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 20 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere tags vorher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 137 — Sonnabend, den 16 Juni 1906 — 13. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Fazit der letzten Reichstagssession.

Von A. Bebel.*)

Der Reichstag ist am 28 Mai bis zum November vertagt worden, nachdem er in 115 Plenarsitzungen und zahlreichen Sitzungen seiner verschiedenen Kommissionen quantitativ ein hübsches Stück Arbeit geleistet hat, das aber qualitativ alles zu wünschen übrig läßt.

Der Parlamentarismus wird nicht nur in Deutschland immer unfruchtbarer. Bismarcks Wort, das er einmal in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts sprach: „Der Parlamentarismus muß durch den Parlamentarismus zugrunde gerichtet werden“, wird allmählich zur Tat und zur Wahrheit. Könnte der bürgerliche Parlamentarismus das Glück der Völker schaffen, Deutschland mit seinen paar Dutzend Parlamenten müßte das glücklichste Land der Erde sein. Es ist nicht nötig, zu versichern, daß Deutschland weit davon entfernt ist.

Nichtsdestoweniger ist der Parlamentarismus, und sei er wie in Deutschland auch nur ein Scheinparlamentarismus, die unumgänglich notwendige Regierungsform für die Herrschaft des Bürgertums, das unter dieser Form seine Klassenherrschaft zur Geltung bringt. Da aber das Bürgertum keine geschlossene Einheit ist, sondern in verschiedene Interessenschichten zerfällt, von denen jede dem Staate den Stempel ihrer Interessenherrschaft aufzudrücken sucht, herrscht naturgemäß Kampf zwischen diesen verschiedenen Schichten. Die Mehrheit entscheidet einfach, was Recht und Gesetz werden soll.

Diese Mehrheit ist aber wiederum eine wechselnde. Die Interessengegensätze innerhalb der Bürgerklasse, zwischen den ökonomisch rückständigen und den ökonomisch vorgeschrittenen Schichten, nehmen mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft immer heftigere Formen an und so wechseln die Mehrheiten kaleidoskopisch. Was schließlich an gesetzgeberischen Maßregeln zustande kommt, ist, weil die Vertreter keiner bürgerlichen Schicht für sich die Mehrheit bilden, Kompromißwerk, das heißt Flick und Stückwerk. Nicht hebt eine gesetzgeberische Maßregel die andere auf oder durchkreuzt sie in ihren Wirkungen.

Das gesetzgeberische Tohuwabohu erreicht seinen Höhepunkt, wenn in einem dieser Parlamente auch eine stärkere Vertretung der Arbeiterklasse vorhanden ist, die ihr Gewicht manchmal ausschlaggebend in die Wagschale werfen kann. Die Anwesenheit einer solchen Vertretung der Arbeiterklasse vermehrt die Inkonsequenz und Verwirrung, weil die Furcht vor ihr die bürgerlichen Parteien öfter zu Handlungen oder Unterlassungen zwingt, die sonst für sie nicht in Frage kämen.

In den ersten zehn bis zwölf Jahren des neudeutschen Parlamentarismus, das heißt von 1867 bis 1878, lagen die Dinge wesentlich anders. Die große Mehrheit der Bürgerklasse seufzte unter den verrottesten Zuständen der alten Bundeshervlichkeit. Als endlich die unhaltbar gewordenen Zustände fielen, wenn auch auf einem sehr unprogrammatischen Wege, durch Bruderkrieg und Bruderausschluß aus der Gemeinschaft, galt es, die Grundsätze zu verwirklichen, ohne welche ein Aufstieg und die Herrschaft der Bürgerklasse unmöglich war. Das hatte zur Folge, daß in dem erwähnten Zeitraum von 1867 bis 1878 stets eine in ihren Grundanschauungen harmonisierende Mehrheit existierte, die der Gesetzgebung jener Periode einen einheitlichen Charakter gab.

Die große und lange industrielle Krise, die mit dem Jahre 1874 einsetzte, bis in die achtziger Jahre dauerte und sehr verschärft wurde durch die Agrarkrise, welche hervorgerufen wurde durch die Masseneinfuhr amerikanischen Getreides in Europa und speziell Deutschland, führte die Spaltung und Zersetzung der verschiedenen bürgerlichen Schichten herbei, wie sie andererseits die Sozialdemokratie förderte. Die alte parlamentarische Mehrheit, die bis dahin eine liberale war, zerbrach und es entstand die Spaltung der Bürgerklasse in ihre verschiedenen Interessengruppen, die auch in der Zusammensetzung des Reichstags ihren Ausdruck fand.

Von hier ab begannen die wechselnden Mehrheiten, die nur in dem einen Gedanken immer einig waren, die wachsende Macht der Sozialdemokratie als die größte Gefahr, die ihnen drohe, anzusehen und alles abzulehnen, was die Sozialdemokratie zu stärken geeignet sei. Aber es ist das Verhängnis jeder herrschenden Klasse, daß das, was immer sie tut oder unterläßt, ihrem Gegner dient. Dem entspricht auch das Fazit der letzten Reichstagssession.

Das Streben nach Erweiterung der Absatzmärkte in allen Ländern der Erde ist die Tendenz, die alle Staaten mit kapitalistischer Wirtschaftsweise beherrscht. In den Großstaaten kommt dieses Streben unter der Firma der Weltpolitik am stärksten zum Ausdruck und die Mittel hierzu sind: die Erweiterung und Verstärkung der Armeen und Marinen und die Eroberung fremder Länder als Kolonien. Die finanziellen Opfer, die diese Politik erfordert, sind enorme. Gewaltige Vermehrung der Steuerlast und immenses Wachstum der Entwicklung. Die Lasten steigen bis zur Erschöpfung der beteiligten Völker, und die Ausfindigmachung immer neuer Steuerquellen ist die vornehmste Aufgabe des Finanzministers und der Parlamente.

So auch in Deutschland. Wie immer in den letzten Jahrzehnten die Reichseinnahmen durch Zölle und Verbrauchssteuern und Ueberschüsse aus Post und Telegraphie, Stempelabgaben usw. gestiegen sind, noch rascher stiegen die Schulden. Ihr unheimliches Wachstum gebot, neue Steuern ausfindig zu machen, sintemalen insbesondere die Flotten- und Kolonialpolitik des Reiches — letztere gekrönt durch die gefährlichen und blutigen Aufstände der Eingeborenen in den Kolonien — die Verlegenheiten ins Unabsehbare steigerte.

Die Beschaffung von 20 Millionen Einnahmen aus neuen Steuern war die Aufgabe, die der Staatssekretär der Finanzen zu lösen hatte. Und daß er diese Aufgabe nur zu lösen für möglich hielt, indem er als der erste seit dem Bestand des Reiches eine direkte Steuer, die Erbschaftssteuer, in Vorschlag brachte, zeigt die maßlose Verlegenheit, in der er sich bei der Suche nach Steuerobjekten befand. Zweifellos bedeutet diese direkte Steuer eine Konzession an die Sozialdemokratie, die seit Jahrzehnten unablässig das System der Reichseinnahmen durch Zölle auf die notwendigsten Lebensmittel und Steuern auf den Verbrauch von Lebensnotwendigkeiten der Massen mit aller Energie bekämpft und auch schon das Zentrum genötigt hatte, bei der letzten großen Flottenbewilligung im Jahre 1900 durch Aufnahme des Artikels 6 in das Flottengesetz sich gegen die weitere Besteuerung von Artikeln des Massenverbrauchs zu erklären. Ohne die zähe, das jetzige Steuersystem im Reiche diskreditierende Agitation der Sozialdemokratie wäre es dazu nicht gekommen. Die Bestimmung im § 6 des Flottengesetzes hielt allerdings das Zentrum nicht ab, durch Erhöhung der Biersteuer und Neueinführung der Zigarettensteuer seinen früheren Beschluß mit Faustschlägen zu traktieren und durch die Bewilligung der Eisenbahnfahrkartensteuer eine der unpopulärsten und speziell den sog. Mittelstand schwer belastende Steuer gutzuheißen. Von den 40 bis 45 Millionen Mark, die diese letztere Steuer einbringen soll, werden die Passagiere der dritten Klasse 30 bis 35 Millionen zu tragen haben. In letzter Instanz gibt eben auch im Zentrum das kapitalistische Interesse den Ausschlag und diktiert seine Beschlüsse. Die im nächsten Jahre in Kraft tretende Personentarifreform auf den Eisenbahnen, die eine Erhöhung der Fahrpreise und die Abschaffung des Freigepäcks in Norddeutschland einführt, gibt der Eisenbahnfahrkartensteuer noch das agitatorische Relief.

Diese Steuerbewilligungen — Erhöhung der Brausteuer, Einführung der Zigaretten-, Fahrkarten-, Automobil-, Tantiemen- und Erbschaftssteuer — waren die notwendige Konsequenz der früheren und der neueren Ausgabebewilligungen, unter anderem der Zustimmung zu dem neu verlangten Flottengesetz, den Militärpensionsgesetzen, den Novellen zum Wohnungsgeldzuschuß- und zum Servistarifgesetz, den Bahnbauten und den Kosten des Aufstandes in den Kolonien usw.

Die Einnahmen aus den neuen Steuern sind auf ungefähr 180 Millionen Mark veranschlagt, daß heißt sie reichen nicht, um die notwendigen Mehreinnahmen von 200 Millionen Mark zu decken. Der Reichstag wird also in der nächsten Session weiter neue Steuervorschläge zu erwarten haben. Die Beratung der Steuergesetzentwürfe in der Kommission und im Plenum war eines der blamabelsten Schauspiele, das eine gesetzgebende Körperschaft bieten kann, und zeigte die ganze Kopf- und Systemlosigkeit, welche die Reichstagsmehrheit beherrscht. Besser kann sie nicht gekennzeichnet werden als durch die Tatsache, daß diese Reichstagsmehrheit im März Resolutionen annahm, durch welche die Post- und Telegraphenverwaltung auf vorhandene Einnahmen in Höhe von zirka 15 Millionen Mark verzichten sollte, indes zwei Monate später derselben Verwaltung durch Resolutionen empfohlen wurde, früher gewährte Herabsetzungen von Portosätzen nunmehr wieder zu erhöhen, um die Einnahmen zu steigern.

Es wird schwer halten, ein Parlament zu finden, das ähnliche Widersinnigkeiten sich hat zu schulden kommen lassen.

(Schluß folgt.)

*) Aus der neuesten Nummer der „Neuen Zeit“.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Was Michel zahlt. Nach dem endgiltigen Rechnungsabschluß für das Jahr 1905 betrug die Einnahme der Reichskasse abzüglich der Ausfuhrvergütungen usw. und der Verwaltungskosten bei den nachbezeichneten Einnahmen: Zölle 625 845 674 Mk. (+ 135 982 966 Mk.), Tabaksteuer 12 239 362 Mark (+ 1 287 553 Mark), Zuckersteuer 112 908 630 Mark (— 15 402 585 Mark), Salzsteuer 52 751 186 Mark (+ 1 238 327 Mark) Maischbottichsteuer 16 139 805 Mk. (+ 3 639 343 Mk.). Branntwein-Verbrauchsabgabe und Zuschlag 93 582 762 Mk. (— 12 196 549 Mark), Brennsteuer 2 723 941 Mark (+ 1 435 009 Mark) Schaumweinsteuer 4 610 312 Mk. (+ 275 958 Mk.). Brausteuer und Uebergangsabgabe von Bier 31 425 920 Mk. Summe 352 257 592 Mk. (+ 117 627 925 Mk. — Spielkartenstempel 1 720 363 Mk. (+ 61 582 Mk.)

Klerikale Wahlmache. Der jetzt zur Kenntnis gelangende schriftliche Bericht der Wahlprüfungskommission des Reichstages über die Wahl des Zentrumsabgeordneten Wiltberger im zehnten elsaß-lothringischen Wahlkreise gibt recht belehrende Einblicke in das Treiben des Klerus bei Wahlen. Prinz Hohenlohe, der den Wahlkreis 1898 bis 1903 vertreten hatte, war dem Zentrum und dem Klerikalismus in hohem Maße verhaßt wegen einiger Neigung zu modernen Anschauungen in religiösen und allgemein kulturellen Fragen; Hohenlohe, der Sohn des früheren Reichskanzlers, stimmte beispielsweise gegen die Heinze-Vermuckerungen. Bei der letzten Wahl wurde alles aufgeboten, ihn zu stürzen. Es gelang dies, indem in der Stichwahl der Notar Wittberger mit 13 382 gegen 12 935 Stimmen siegte. Der Wahlprotest, der gegen die Wahl Wiltbergers eingelegt wurde, erzählt nun recht erbauliche Dinge, wie es die Herren katholischen Geistlichen bei Wahlen treiben. Der Protest ist von Bürgermeistern, Oberlehrern und anderen durchaus staatserhaltenden Personen eingereicht worden. Die Wahl, so sagt der Protest, sei „auf ungesetzmäßigem Wege und unter dem Drucke einer unerlaubten und unerhörten Agitation der katholischen Geistlichkeit zustandegekommen“. Diese Geistlichkeit hat sich nicht gescheut, durch Mißbrauch der Kanzel und andere unerlaubte Mittel der Agitation auf die Wähler einzuwirken und durch Einschüchterung zur Stimmabgabe für den von ihr auf den Schild erhobenen Kandidaten Wiltberger zu zwingen. Ein sehr erheblicher Teil der Wählerschaft des Kreises Hagenau Weißenburg war infolgedessen bei der Ausübung seines Wahlrechts geradezu in seiner Freiheit beschränkt. Einige Beispiele seien angeführt, wie die Geistlichen von der Kanzel in den Wahlkampf eingegriffen haben. Am 21 Juni 1903 hat der Pfarrer Brahlach von Trimbach in starken Worten von der Kanzel herab den Ausfall beim ersten Wahlgang gebrandmarkt: „Die Wahl sei eine Religionssache und keine Reichstagswahl mehr. Derjenige, der noch einen Funken von Religion im Herzen habe, solle sich nicht mehr verleiten lassen, den Prinzen Hohenlohe zu wählen usw.“ Der Pfarrer von Oberseebach hat auf der Kanzel gesagt, daß jedermann am jüngsten Tage Rechenschaft geben muß, wenn er nicht Notar Wiltberger wähle. Der Pfarrer Steck von Schwabweiler hat zweimal von der Kirche sich ähnlich ausgesprochen, daß insbesondere „der kein Katholik sei und seinen Glauben verleugne, der den Prinzen Hohenlohe wähle“. Pfarrer Schweitzer in Salmbach hat am 14. Juni und am 21. Juni scharf gegen Hohenlohe gepredigt und seine Gemeinde gewarnt, „einen solchen Katholikenfresser“ zu wählen. Zugleich las er am 21. Juni 1903 Zeitungsartikel vor (Elsässer), welche von Hetzereien gegen den Prinzen Hohenlohe strotzten. Der Pfaffer Hitz von Weiler erklärte, er müsse jedem die Absolution verweigern, der für Hohenlohe stimme. Der Pfarrer Heitz von Mothern hat der Frau des Taglöhners Peter Drillich im Beichtstuhl gedroht, daß er ihr die Absolution nicht erteilen werde, wenn ihr Mann nicht Wiltberger wähle. Weiter wird berichtet von der Wahlarbeit der Geistlichen in Versammlungen, in den Gemeinden und in den Wahllokalen. Der Pfarrer Delsor, selbst Reichstagsabgeordneter, leistete sich folgendes. Er sprach in Hagenau in geschlossener Versammlung gegen Hohenlohe und zog Bilder von nackten Frauenzimmern aus der Tasche, die er vorzeigte. Er sagte: „Ihr lieben Bürger, ein Abgeordneter, der mit schuld ist, daß solche schamlosen, sittenverderbenden Bilder und Schriften unter dem Volke verbreitet werden, der dafür ist, daß Frauenzimmer nur mit einem Strohhut bekleidet sich photographieren lassen, kann kein Katholik sein. Ein guter Katholik darf einem solchen Manne seine Stimme nicht geben“ usw. Der Religionsunterricht, der Beichtstuhl und die Privatseelsorge, denn als solche kann der Besuch bei Frauen nur in Betracht kommen, wurden ebenfalls mißbraucht zur Agitation für Wiltberger. Abbé Rominger in Lauterburg hat im Religionsunterricht gesagt: „Die Kinder sollen ihren Eltern mitteilen, daß, wenn Prinz Hohenlohe gewählt würde, es Krieg gäbe; alle Katholiken müßten protestantisch werden, oder sie bekämen die Köpfe abgehauen.“ Auch verschiedene Beeinflussungen durch Bedrohung mit pekuniären Nachteilen, Bestechungen mit Wahlbier und dergleichen wurden festgestellt. Ein tolles Bild klerikaler Wahlmache! Wenn der katholische Geistliche auch wie jeder andere Staatsbürger das Recht zur Betätigung seiner politischen Meinung hat, so darf er doch gewiß nicht das Uebergewicht, das ihm seine kirchenamtliche Stellung gibt,

dazu mißbrauchen, um durch Gewissensbedrückung aller Art seine Pfarrkinder bei der Reichstagswahl zugunsten des einen und zu Ungunsten des anderen Kandidaten zu beeinflussen. Die Wahlprüfungskommission des Reichstags jedoch, die unter Zentrumsführung in den letzten Jahren schon wiederholt die ungeheuerlichsten Entscheidungen vollbrachte, hat alle diese Proteste in den Wind geschlagen und beantragt, daß der Reichstag die Wahl Wildbergers für giltig erklären soll. Die Zentrumsleute wollen ihren geistlichen Wahlmachern für künftige Wahlen die Bahn völlig freimachen!

Ein neuer reaktionärer Vorstoß des Zentrums in Bayern. Der Vorstoß, den vor einiger Zeit anläßlich des Thoma-Prozesses Frhr. v. Soden in der Kammer der Reichsräte gegen den Gerichtsstand der Presse vor dem Schwurgericht machte und dem sich letzthin nach dem Richter-Prozeß der „Bayr. Kurier" anschloß, scheint nicht vergeblich gewesen zu sein. Wie die „Münchener Ztg." nämlich aus durchaus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, trägt man sich im bayerischen Justizministerium sehr ernstlich mit dem Gedanken, dem Landtage eine Vorlage zu machen, durch die Preßdelikte gegen § 166 des Strafgesetzbuches künftig der Zuständigkeit der Schwurgerichte entzogen werden sollen. Ein dem entsprechender Gesetzentwurf soll sogar bereits in Vorbereitung sein. Wenn diese Vorlage wirklich kommt, würde sie wieder eins der wenigen freiheitlichen süddeutschen „Reservate" vernichten. Gerade jetzt, wo die angebliche Strafprozeßreform im Reiche vorbereitet wird, würde eine solche Vorlage für Bayern umso schmachvoller sein, zugleich aber würde sie auch ein höchst charakteristisches Vorzeichen für das sein, was uns im Reiche bei der beabsichtigten Reform bevorsteht. Der § 166 R.-St.-G. B. ist der bekannte Gotteslästerungs-Paragraph, jene Fußangel, die jede freie Kritik der Kirche und ihrer Einrichtungen hindern soll. Dieser Paragraph selbst ist seit jeher von allen Volksfreunden bekämpft worden, und seine Aufhebung ist sogar von strenggläubigen Männern jeder Konfession gefordert worden, dann auch von stark regierungsfreundlichen und sonst reaktionären Blättern. Sehr energisch hat die preußisch-deutsch-offiziöse „Köln. Ztg." erst in den letzten Monaten wieder diesen § 166 bekämpft. Und jetzt will ein Bundesstaat, der immerhin gewisse liberalere Tendenzen, wenigstens in Straf- und Polizeisachen, zur Geltung kommen ließ, die angeblichen Vergehen gegen diesen überhaupt überflüssigen Paragraphen von einer gerade in Bayern verhältnismäßig freier urteilenden Instanz weg vor die Berufsrichter ziehen. Wenn sich diese Absicht bestätigt, wird es zweifellos in Bayern zu Kämpfen kommen, über die Regierung und Zentrum dort keine Freude empfinden dürften.

Die Kousine ergreift die Feder! Wie die „Magd. Ztg." mitteilt, wird nächster Tage ein Buch aus der Feder der Puttkamerschen Kousine erscheinen. Es soll darin u. a. die Behauptung enthalten sein, der Gouverneur habe der „Kousine" den Namen v. Eckardstein aufgedrängt, während v. Puttkamer bekanntlich versicherte, sie unter diesem Namen kennen gelernt zu haben. — Das genannte Blatt bezeichnet übrigens die Mitteilung der „Germania", daß Jesko v. Puttkamer mit vollem Ruhegehalte pensioniert sei, als verfrüht. Die Angelegenheit sei noch nicht entschieden.

Schweden.

Wahlrechtskampf. Zu Pfingsten 1902 kam es bekanntlich in Schweden zu einem großen politischen Massenstreik für das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer. Dieses Ziel wurde zwar nicht erreicht, jedoch wurde die Verpfuschung der Wahlrechtssache durch die damals von der Regierung vorgeschlagene Scheinreform verhindert. Nun sieht die schwedische Arbeiterschaft wiederum vor der Notwendigkeit, außerordentliche Mittel anzuwenden, um endlich in den Besitz des wichtigsten Staatsbürgerrechts zu gelangen. Der zwar nicht voll befriedigende, aber immerhin annehmbare Wahlrechtsvorschlag des liberalen Ministeriums Staaf scheiterte. Der König lehnte es aber ab, den Reichstag aufzulösen und wählte sich statt dessen ein neues konservatives Ministerium. Damit hat sich König Oskar wieder einmal für die Herrenmacht gegen die Volksmacht entschieden. Bei dem Kampfe, der nun vom Volke geführt werden muß und geführt werden wird, handelt es sich nicht mehr allein um das allgemeine Wahlrecht zur Zweiten Kammer, der Kampf richtet sich vielmehr gegen die Gewaltherrschaft der Ersten Kammer. In einem „Manifest an das arbeitende Volk Schwedens", das der Parteivorstand der schwedischen Sozialdemokratie soeben veröffentlicht, wird dies klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Darin wird neben der Forderung eines wirklich allgemeinen Wahlrechts in Uebereinstimmung mit dem sozialdemokratischen Programm eine Revision der Verfassung zur Beseitigung der Ersten Kammer verlangt. Eine mächtige und planmäßig geleitete Agitation soll über das ganze Land entfaltet werden, um die Massen jetzt schon mit dem Gedanken vertraut zu machen, daß eine außerordentliche Kraftentfaltung notwendig werden kann, diesen großen politischen Kampf erfolgreich zu führen. Im richtigen Zeitpunkt soll, ebenso wie im Jahre 1902 ein außerordentlicher Parteitag einberufen werden, der dann die nötigen Beschlüsse zu fassen hätte.

Oesterreich-Ungarn.

Die sozialdemokratische Parteileitung hatte für gestern eine Konferenz von Vertrauensmännern aus ganz Oesterreich einberufen zur Organisation eines Massenausstandes für den Fall, daß in den parlamentarischen Verhandlungen über die Wahlreform eine Stockung eintreten sollte. Nach längeren Erörterungen wurde der Beschluß gefaßt, daß die Konferenz sich mit der unmittelbaren Ankündigung des Massenausstandes beziehungsweise einer allenfalls vorausgehenden dreitägigen Arbeitsruhe in Wien, einverstanden erklärt. Die Konferenz fordert die organisierte Arbeiterschaft in allen Gewerbszweigen zu möglichst umfangreicher Vorbereitung des Ausstandes auf. Die Vollmacht, die nötigen Anordnungen zu treffen, wurde dem Zentralkomitee übertragen, welchem auch die Verantwortlichkeit dafür auferlegt wird, daß der richtige Zeitpunkt nicht versäumt und daß der Massenausstand trotz aller Opfer proklamiert werde, sobald eine Stockung in den parlamentarischen Behandlungen der Wahlreform eintreten sollte.

Italien.

Schöne Worte sagte gestern im italienischen Parlament der Minister des Aeußern, Tittoni. Auf eine Anfrage Brunialcis, welche Instruktionen die italienischen Delegierten zur zweiten Haager Konferenz bezüglich der Beschlüsse des englischen Unterhauses betr. die Verringerung der Ausgaben für Rüstungen erhalten würden, erklärte der Minister des Aeußern, er freue sich sagen zu können, daß die damaligen Ausführungen des Staatssekretärs Sir Edward Grey seine lebhafte Sympathie gefunden hätten und daß er bereits unmittelbar nach jener Rede in seiner Eigenschaft als Botschafter die Aufmerksamkeit der italienischen Regierung darauf gelenkt habe. Ebenso spreche er heute als Minister die Zustimmung der Regierung zu diesen menschenfreundlichen Bestrebungen aus. Die italienische Politik sei stets auf Erhaltung des Friedens gerichtet gewesen. Er sei daher glücklich, erklären zu können, daß die Vertreter Italiens auf der Haager Konferenz den Auftrag erhalten würden, die Anregungen Englands zu unterstützen. Er möchte wünschen, daß der Plan einer sofortigen Abrüstung praktische Anwendung finde. Graf Goluchowski habe in seinem Exposé bei der Besprechung der ausgezeichneten Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien erklärt, die loyale Haltung beider Regierungen habe die Versuche unverantwortlicher Stellen, ihr gutes Uebereinkommen zu stören, zum Scheitern gebracht. Dieser Ausspruch scheine ihm sehr glücklich zu sein; denn er glaube, daß in allen Ländern die Unverantwortlichen eine fortwährende Gefahr für den Frieden darstellen. Die Regierung müsse in ihren Beziehungen zum Auslande die von der Mehrheit des Parlaments und des Landes gewollte Politik befolgen und könne nicht dulden, daß unverantwortliche Personen dieselben stören oder bloßstellen. Solange Abkommen auf der Grundlage der hochherzigen Anregung Englands nicht möglich seien, werde dies seiner Meinung nach das beste Mittel sein, zur Aufrechterhaltung des europäischen Friedens beizutragen. — Mit schönen Worten ist nichts getan; wir müssen Taten sehen, ehe wir ernsthaft an die Verringerung der Ausgaben für Rüstungen glauben.

Spanien.

Das Madrider Bombenattentat hat 31 Menschenopfer gefordert; 9 Personen schweben noch in Lebensgefahr.

China.

Niederlagen chinesischer Truppen gegen Rebellen. Die Kämpfe der chinesischen Truppen gegen die Tschungusen verlaufen unglücklich. Bei Hinghutsen hielten die Tschangusen einen Zug an und erbeuteten 3000, von Juanschikai an den Tartarengeneral Chao gesandte Gewehre mit Munition. Der Verlust der Regierungstruppen betrug 60 Mann.

Lübeck und Nachbargebiete.

Freitag, den 15. Juni.

Die Malergehilfen sind von ihren Meistern ausgesperrt worden. Zuzug von Malern nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Zuzug von Holzarbeitern aller Branchen nach Lübeck ist streng fernzuhalten.

Die hiesigen Bauschlosser sind in den Ausstand getreten. Der Zuzug ist streng fernzuhalten.

Wegen Massregelung von Verbandsmitgliedern ist der Boykott über die Thüringer Wurstfabrik von Aug. Scheere verhängt worden. Arbeiter, denkt daran!

Achtung, Schneider! Ueber das Geschäft des Herrn Ziez, Fackenburger Allee, ist die Sperre verhängt worden.

Achtung, Flußschiffer! Ueber den Betrieb von A. Holst Wwe. ist die Sperre verhängt.

Achtung Maurer! Ueber das Geschäft des Bauunternehmers Schmidt in Kastorf ist die Sperre verhängt worden.

Achtung, Schneider und Schneiderinnen! Auf die am Freitag abend stattfindende Schneiderversammlung machen wir auch hier noch besonders aufmerksam.

Die Sperre ist seitens des Transportarbeiterverbandes über die Fuhrbetriebe von H. Wigger, Lachswehr-Allee 5 und E. Ewers, Lachswehr-Allee 10, verhängt worden. Kein Kutscher darf dort in Arbeit treten.

Die Bürgerschaft wird in ihrer am kommenden Montag stattfindenden Versammlung zunächst die am 11. Juni nicht erledigten Tagesordnungs-Gegenstände erledigen. Dann liegen noch folgende neue Senatsanträge vor: Erwerb der Grundstücke Untertrave 54, Gr. Kiesau 8 Bude 1 u. 2 und Gr. Kiesau 10 für Zwecke der Zollverwaltung, sowie die Nachbewilligung auf die Bureaukosten des Landgerichts und die Kosten der Gerichtshausverwaltung im Jahre 1905.

Kartellversammlung. Die gestrige Kartellversammlung beschäftigte sich zunächst mit dem 5. August stattfindenden Gewerkschaftsfest. Es wurde beschlossen, dasselbe, wie in den letzten Jahren, auch diesmal wieder im Tiergarten abzuhalten. Der vom Sozialdemokratischen Verein angeschaffte Tanzboden soll bei dieser Gelegenheit ebenfalls benutzt werden, da derselbe dem Gewerkschaftskartell unter durchaus annehmbaren Bedingungen zur Verfügung gestellt worden ist. In der Versammlung wurde der Wunsch ausgesprochen, daß den Festteilnehmern diesmal etwas mehr als in den früheren Jahren geboten werde. Nachdem der Vorsitzende erklärt hatte, daß dieses Verlangen nach Möglichkeit Berücksichtigung finden solle, wurde ein zwölfgliedriges Komitee gewählt, das die nötigen Vorarbeiten zu erledigen und die Leitung des Festes zu übernehmen hat. Sodann kamen die verschiedenen Eingänge zur Verlesung. Von Seiten der Generalkommission der Gewerkschaften lag ein Aufruf zur Unterstützung der ausgesperrten und streikenden Lithographen und Steindrucker vor, denen durch Gerichtsbeschluß die Verbandskasse gesperrt worden ist. Aus der Kartellkasse wurden für diesen Zweck 300 Mk. bewilligt; ferner werden die Gewerkschaften ersucht, nach Kräften Gelder hierfür zur Verfügung zustellen. Gen. Essinger, Expedition des „Lübecker Volksbote", ist bereit, die aufgebrachte Summen anzunehmen und an den Kassierer der Generalkommission abzusenden. Nunmehr gelangte zur Verlesung ein Schreiben der Schlachter, in dem dieselben ankündigten, daß demnächst eine öffentliche Versammlung stattfinden solle, in welcher der Verbandsvorsitzende u. a. auch den Boykott der Thüringer Wurstfabrik von A. Scheere besprechen werde. Von den Vertretern der Schlachter wurde ausgeführt, daß der Boykott bisher sehr gut gewirkt habe und gewünscht, daß die Arbeiter wie bisher den um ihr Koalitionsrecht kämpfenden Schlachtern ihre Sympathie bezeugen möchten. Es wurde ferner beschlossen, die Kartellkommission zu ermächtigen, im kommenden Winterhalbjahr vier Vortragsabende abzuhalten. Im Anschluß hieran sei darauf hingewiesen, daß vom 16. Juni ab für die organisierten Arbeiter und deren Angehörige Theaterbillets (Parterre und Balcon) zu sehr ermäßigten Preisen im Vereinshaus zu haben sind.

Ueber die Invalidenversorgungsgebührnisse für Personen der Unterklassen des Reichsheers, der Marine und der Schutztruppen macht das hiesige Bezirkskommando folgendes bekannt: Nach den Vorschriften des § 45 des Gesetzes vom 31. Mai 1906 haben die nachstehend bezeichneten Invaliden eine Neufeststellung ihrer Versorgungsgebührnisse zu erwarten: I. Militärinvaliden. 1. Die Versorgungsgebührnisse der seit dem 1. April 1905 aus dem aktiven Militärdienst entlassenen Personen werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes festgestellt. 2. Die Versorgungsgebührnisse derjenigen Invaliden, welche an einem der von den deutschen Staaten vor 1871 oder dem deutschen Reiche geführten Kriege teilgenommen haben und nicht schon nach dem Kriegsinvalidengesetze vom 31. Mai 1901 höhere Gebührnisse erhalten haben, werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes festgestellt. 3. Die nach dem Kriegsinvalidengesetze vom 31. Mai 1901 (§ 7) zu einer Kriegslage von 10 Mk. monatlich anerkannten Halbinvaliden erhalten die erhöhte Kriegszulage von 15 Mk. monatlich. 4. Sämtliche als verstümmelt anerkannten Invaliden erhalten an Stelle der bisherigen Verstümmelungszulage von 18 Mk. monatlich eine solche von 27 Mk. nach den Vorschriften des Paragraphen des neuen Gesetzes. Die als pflegebedürftig anerkannten Invaliden erhalten die gleiche Verstümmelungszulage von 27 Mk. monatlich, daneben jedoch nur die nach den bisherigen Gesetzen für gänzliche Erwerbsunfähigkeit zustehende Pension. 5. Diejenigen Kriegs- und Friedensinvaliden, welche im Reichs- oder Staatsdienst angestellt sind und deren Pension ganz oder zum Teile ruht, haben eine Neuregelung ihres Pensionsbezuges nur dann zu erwarten, wenn ihre Pension als Feldwebel oder als Vizefeldwebel den Betrag von 15 Mk., als Sergeant den Betrag von 12 Mk., als Unteroffizier den Betrag von 10 Mk. als Gemeiner den Betrag von 9 Mk. monatlich überschreitet. Die im Reichs- und Staatsdienst angestellten ehemaligen Kapitulanten, welche eine Pension auf Grund achtzehnjähriger und längerer Dienstzeit erhalten haben, erfahren eine Neuregelung ihres Pensionsbezuges, sofern ihr Zivildiensteinkommen den Betrag von 2000 Mk. jährlich nicht erreicht. 6. Die im Kommunaldienst angestellten Invaliden beziehen ihre bisher bezogene Pension neben dem Zivildiensteinkommen unverkürzt weiter. 7. Die unter Nr. 2 bezeichneten Kriegsteilnehmer, welche aus dem Zivildienste mit einer Zivildienstpension bereits ausgeschieden sind und nach den Vorschriften des neuen Gesetzes eine Erhöhung ihrer Gebührnisse erfahren, haben eine Neuregelung ihres Pensionsbezuges zu erwarten, wenn sie in der zuletzt bekleideten Stelle nicht die Höchstpension erreicht haben oder ihre Zivilpension den Betrag von 2000 Mark nicht erreicht. Die unter Nr. 1 bis 4 bezeichneten Invaliden haben ihre Militärpapiere unter genauer Bezeichnung ihres Wohnortes nebst Straße und Hausnummer baldigst an den zuständigen Bezirksfeldwebel einzureichen. Die unter Nr. 5 bezeichneten Invaliden haben die Neuregelung ihres Pensionsbezuges unter Beifügung ihres Pensionsquittungsbuches und des Militärpasses durch ihre vorgesetzte Dienstbehörde zu beantragen. Die unter Nr. 7 bezeichneten Invaliden beantragen die Neuregelung ihres Pensionsbezuges bei derjenigen Kasse, von welcher sie ihre Zivilpension zuletzt bezogen haben; der Antrag ist jedoch durch Vermittelung derjenigen Behörde vorzulegen, welche die Zivilpension angewiesen hat. Die Neuregelung sämtlicher Versorgungsgebührnisse beginnt mit Wirkung vom 1. Juli 1906. Nachzahlungen für eine vor diesem Tage liegende Zeit finden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes nicht statt. 2. Marineinvaliden. Vorstehende Bestimmungen finden auf die Marineinvaliden mit nachfolgenden Maßgaben entsprechende Anwendung: 1. Die Versorgungsgebührnisse derjenigen Invaliden, welche im Dienst an einem Schiffbruch oder an einer als Feldzug erklärten militärischen Unternehmung auf einer dienstlichen Seereise teilgenommen haben, werden nach den Vorschriften des neuen Gesetzes festgestellt, sofern die Invaliden nicht schon nach dem Kriegsinvalidengesetze vom 31. Mai 1901 neu anerkannt worden sind. 2. Die im Reichs- und Staatsdienste angestellten ehemaligen Kapitulanten der Marine, welche eine Pension auf Grund einer Dienstzeit von mindestens 18 Jahren erhalten haben, erfahren außer dem Falle der Ziffer 1,5 Absatz 2 eine Neuregelung ihres Pensionsbezuges ohne Rücksicht auf die Höhe ihres Zivildiensteinkommens, wenn sie beim Ausscheiden aus dem aktiven Dienste, Dienstalter-, Seefahr- und Fachzulage bezogen haben. 3. Schutztruppeninvaliden. Eine Nachprüfung der Versorgungsgebührnisse der Invaliden der Schutztruppen nach dem neuen Mannschaftsversorgungsgesetze erfolgt ohne besonderen Antrag.

Die Milch im Sommer. Der Berliner Polizeipräsident weist darauf hin, daß beim Beginn der heißen Jahreszeit durch Zeitungsinserate und gedruckte Rundschreiben allerlei chemische Präparate, meist unter Phantasienamen und ohne Angabe der Zusammenstellung als Zusätze zur Milch, um deren Gerinnen zu verzögern, empfohlen werden. Vor dem Ankauf und der Verwendung dieser Mittel wird dringend gewarnt. Es ist keine chemische Substanz bekannt, die imstande wäre, die Milch frisch zu erhalten und vor dem Gerinnen zu bewahren, ohne ihr gleichzeitig gesundheitsschädliche Eigenschaften zu verleihen. Das einzig empfehlenswerte Verfahren, um im Haushalte die Milch vor dem Sauerwerden möglichst lange zu schützen, ist: die Milch so frisch wie möglich kaufen, sofort nach dem Ankauf bis zum Aufwallen aufkochen und sie alsdann schnell abgekühlt an kühlem Orte in einem Gefäße mit überfassendem Deckel, und zwar am besten ohne Umgießen in dem Gefäße, das zum Aufkochen diente, aufzubewahren. Milch, die kleineren Kindern gegeben wird, sollte vor Verabfolgung an sie jedesmal erst von einem Erwachsenen gekostet werden, um festzustellen, ob sie auch nicht sauer oder bitter schmeckt. Das in Produzenten- und Händlerkreisen hier und da noch übliche Verfahren, Brennesseln in die Milch zu legen, um sie zu konservieren, fördert die Gerinnung der Milch viel mehr, als es sie verhütet. Dies-

Verfahren ist schon aus Reinlichkeitsgründen durchaus zu verwerfen und ist außerdem geeignet, die Milch gesundheitsschädlich zu machen.

Ein sonderbarer Schwärmer scheint der Schlossermeister Mirow zu sein. Man sieht ihn täglich mit einer photographischen Handkamera nach Streikposten der Bauschlosser suchen; hat er solche gefunden, so wird schleunigst „geknipst". Es hat den Anschein, als ob man wenigstens im Bilde Gesellen haben will, wenn die Werkstatt dann leer ist. Ein jedes Tierchen hat eben sein Plaisierchen!

Eine schlimme Verwechselung passierte Dienstag einem bei der Firma Dräger beschäftigten Arbeiter; derselbe wollte seinen Durst stillen und ergriff versehentlich eine Flasche mit ätzender Flüssigkeit. Schwer verletzt mußte der Aermste nach dem Krankenhause überführt werden.

Neue Schuttabladestelle. Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß auf dem an der Ecke der Karlstraße belegenen Grundstück der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft eine Schuttabladestelle errichtet.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Mai zehn Männer und zwei Frauen.

Der gestrandete Dampfer „Expreß", der Güter von Flensburg nach hier bringen sollte, ist wieder flott und nach Flensburg eingebracht werden.

Der Lübecker Badeanstalt wurde im Bürgerausschuß auf Antrag des Senats für die Jahre 1907 und 1908 eine Staatsbeihülfe von jährlich 1400 Mk. bewilligt.

Stadthalleutheater. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Sonnabend geht die seit langem angekündigte erste Klassiker Vorstellung „Minna von Barnhelm" in Szene. Die Vorstellung findet, wie bereits bemerkt, zu kleinen Preisen statt, außerdem haben Schülerkarten zu 50 Pf. auf allen Plätzen Gültigkeit. Die Theaterkasse ist wiederum täglich von 11–2 Uhr vormittags geöffnet, ferner werden Karten zu Vorverkaufspreisen bei F. W. Kaibel und Otto Borchert, Breitestraße, ausgegeben — Sonntag beginnt des langen Theaterabends wegen die Vorstellung bereits um 7 Uhr, während von 6–7 Uhr im Garten konzertiert wird.

Hansa-Theater. Die urkomische Burlesque „Der Raubmörder" erfreut sich allabendlich großen Lacherfolgs und wird auch noch Sonnabend sowie Sonntag abend gegeben. Für Sonntag nachmittag 4 Uhr ist wieder das humoristische Volksstück „Die verwunschene Prinzessin" vorgesehen, auf das wir Familien und Fremde mit Rücksicht auf die kleinen Eintrittspreise ganz besonders aufmerksam machen. Montag, den 18., wird abends 8 Uhr zum ersten Male die beste Posse „3 Tage aus dem Kölner Leben" gegeben.

Die Wasserwärme des Krähenteichs betrug gestern 20 Grad Celsius.

Niendorf a. O. Achtung, baugewerbliche Arbeiter! Ueber das Geschäft von Harbt ist die Sperre verhängt.

Eutin. Der Provinzialrat des Fürstentums Lübeck tagte unter dem Vorsitze von Bürgermeisters Mahlstedt-Eutin Mittwoch auf dem Rathause. Er genehmigte mehrere Polizeiverordnungen, nämlich 1. betr. Ausdehnung der Anzeigepflicht für übertragbare Krankheiten, 2. betr. Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, 3. betr. Bierschänkvorrichtungen und Reinigung der Trinkgefäße, 4. betr. den Verkehr mit Fahrrädern auf den Straßen und öffentlichen Plätzen des Fürstentums Lübeck. Hierauf wurden noch eine ganze Reihe von Wahlen vorgenommen.

Hamburg. Beamte und Bürgerschaftswahlen. Nachdem durch das neue Wahlgesetz der Beamten das passive Wahlrecht zur Bürgerschaft verliehen worden, ist, wie das „Hamb. Echo" berichtet, in Beamtenkreisen die Frage des selbständigen Vorgehens bei den Bürgerschaftswahlen ernsthaft erwogen worden. Eine von öffentlichen Beamtenversammlungen vor sechs Jahren eingesetzte und vor drei Jahren erneuerte Kommission, die bisher den Kampf um das passive Wahlrecht der Beamten zur Bürgerschaft leitete, hat unter Hinzuziehung solcher Beamten, die in Beamtenvereinen an leitender Stelle tätig sind, Ende April eine Sitzung abgehalten. Allseitig wurde von den Rednern betont, daß auch dann, wenn die Beamtenschaft von einer gesonderten Stellungnahme absehe, zweifellos durch die Bürgervereine usw. Beamte in die Bürgerschaft gelangen würden: fraglicher sei indes, ob diese die geeignetsten und berufensten Vertreter der Beamtenschaft darstellen möchten. Anders läge die Sache sicherlich, wenn die Beamtenbürger selbständig und geschlossen vorgingen, um ihre hervorragendsten Vorkämpfer selbst in die Bürgerschaft zu entsenden. Die 24 Abgeordneten entschlossen dann, 1. sich im Prinzip für ein selbständiges Vorgehen der Beamten bei den Bürgerschaftswahlen zu erklären; 2. dazu einen besonderen Verein zu schaffen. Eine spätere Versammlung stellte die Satzung der neu zu gründenden Vereinigung fest; im Anschluß daran wurde der Verein sofort konstituiert. In der letzten „Hamb. Beamtenzeitung" fordert der Vorstand zum Beitritt zur neuen Vereinigung auf. Die erste Mitgliederversammlung soll im September tagen; sodann ist eine öffentliche Beamtenversammlung geplant.

Hamburg. In einer Versammlung der Schauerleute wurde beschlossen, den Beschluß auf Verweigerung der Nacht-, Sonntag- und Feiertagsarbeit auch ferner aufrechtzuerhalten.

Flensburg. Beim Krebsfischen ertrank der 16jährige Küferlehrling Georg Boerm in einer Moorgrube beim Martinistift.

Bremen. In der Trunkenheit hat ein Anwohner der südlichen Vorstadt sein eigenes Kind getötet. Der Mann, ein Bauarbeiter, kam abends angetrunken nach Hause, geriet mit seiner Frau in einen Wortwechsel und wurde plötzlich von einer solchen Wut befallen, daß er einen freistehenden Kleiderschrank ergriff und diesen umstieß. Er hatte nicht bemerkt, daß sein drei Jahre altes Töchterchen sich hinter dem Schrank aufgehalten hatte. Der Schrank fiel auf die Kleine, die bald in den Armen des Vaters starb.

Aus Welt und Meer

Ein netter Volksvertreter. Vor dem Geschworenengericht in Krakau wurde am 6 Juni eine Beleidigungsklage des Reichsratsabgeordneten Wilk gegen den Landtagsabgeordneten Szponda verhandelt, die für den Kläger einen sehr blamablen Verlauf nahm. Es handelt sich dabei um folgende Angelegenheit: Abgeordneter Wilk hatte dem Parlamentsdiener Babeschitz ein riesiges Paket zum Wegschicken durch die Post übergeben. Da dem Diener das Paket zu groß schien, wollte er es in mehrere kleinere umpacken. Beim Eröffnen fand er 1400 Reichsratskouverts und eine entsprechende Menge Briefpapiere, eine Schere und andere Schreibutensilien, wie sie im Abgeordnetenhause den Mitgliedern zum Gebrauch zur Verfügung stehen. Er erstattete über seine Entdeckung einen Bericht an den Grafen Vetter. Der Polenklub schloß hierauf den Abgeordneten Wilk aus. Diese Affäre war in der Krakauer Wochenschrift „Obrona Ludu", deren Redakteur Abgeordneter Szponder ist, unter dem Titel „Ein Volksabgeordneter als Dieb" ausführlich erzählt. Außerdem war noch mitgeteilt, daß Wilk auch den Abgeordneten Bomba bestohlen habe. Abgeordneter Wilk verklagte hierauf den Abgeordneten Szponder, der sich vor den Geschworenen zu verantworten hatte. Die Verhandlung nahm einen kurzen Verlauf. Abgeordneter Bomba bestätigte, daß ihm, als er einmal mit Wilk in einem Wagenabteil nach Wien fuhr und während der Fahrt einschlief, aus der Brieftasche 50 Kronen und 2 Eisenbahnbillets verschwanden. Auf sein Verlangen wurde der Zug aufgehalten und die Konduktenrsrevision vorgenommen, bis jetzt habe sich das Geld aber nicht gefunden. Der Parlamentsdiener Babeschitz bestätigte die Angaben des Artikels über den Papierdiebstahl. Auf Grund dieses Beweismaterials verneinten die Geschworenen einstimmig die Hauptfrage wegen Beleidigung und mit zehn Stimmen die Frage auf Vernachlässigung der pflichtgemäßen Obsorge, worauf der Abgeordnete Szponder freigesprochen wurde.

„Im Namen Gottes . . ." Man schreibt der „Wiener Arbeiterzeitung" aus Brüssel: Es ist vor den Kammerwahlen. In einem Saale, dessen Fenster hermetisch verschlossen sind, hat der Pfarrer seine Gemeinde, die Bauern des Dorfes, um sich versammelt. Im Hintergrunde des Saales, von Kerzen umgeben, hängt auf einer schwarzen Draperie ein Christusbild. Plötzlich steigt der Pfarrer auf die Estrade und ruft: „Kniet nieder! Schwöret, die Religion zu verteidigen und für die katholischen Kandidaten zu stimmen! Im Namen Jesu Christi, der da oben hängt, rettet den katholischen Glauben!" Und die fromme Herde sinkt in die Knie und schwört . . . . Dies ist eines von den Hunderten ähnlicher Begebnisse, die davon erzählen, wie die Klerikalen in Flandern die unwissenden, meist analphabetischen Bauern bearbeiteten, um die Religion, das heißt die klerikale Regierung, zu retten. Und von diesen Bauern gibt jeder seine zwei Stimmen ab, dank dem Segen des Pluralsystems. In einem Dorfe der Campine hat die Geistlichkeit die schauerlichsten Aufzüge mit Totengesängen und Trauerpomp arrangiert, um die Bauern gegen den „Combismus" zu fanatisieren. Die Weiber gerieten dabei in förmliche Halluzinationen. Das Kruzifix in den Händen, so zogen die Geistlichen in feierlichem Aufzuge von Haus zu Haus. Der Pfarrer stellte das Kruzifix auf den Boden, die Kerzen wurden angezündet, worauf er dann die folgende Ansprache an die gläubigen Bauern hielt: „Schlagt Eurem Erlöser das Haupt ab und Ihr begeht keine größere Sünde, als wenn Ihr für den liberalen Kandidaten stimmt." Aber wie lange werden die Krücken des Pluralsystems und des Analphabetismus noch halten? Eines Tages wird auch der vlämische Bauer fragen, warum denn Christus gerade in Belgien gegen das allgemeine, gleiche Wahlrecht und gegen den obligatorischen Schulunterricht ist!

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 14. Juni 1906.

Der Schweinehandel verlief lebhaft.

Zugeführt wurden 705 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine: schwere 65 Mk., leichte 66–66½ Mk. Sauen 55–60 Mk. und Ferkel 62–65 Mk. pro 100 Pfund.

Herzlichen Dank sagen wir hiermit allen für die beim Ableben meines lieben Mannes und unseres lieben Vaters uns erwiesene Teilnahme und zahlreichen Kranzspenden

Doris Hamann Ww., geb. Fick,
Lübeck, 15. Juni 1906 und Kinder.

Ein freundlich möbl. Zimmer
zu vermieten
Langereihe 11, Burgtor.

Gesucht zum 1. Oktober Wohnung von 4 Zimmern und Zubehör in der Stadt, ev. kleines Haus v. kl. Familie, 3 Personen.
Ang. m. Preisang. u. **O W 21** a. d. Exped.

Gesucht ein nüchterner, fleißiger
Pferdeknecht
nicht unter 18 Jahren.
Näheres Holstenstraße 19, Kontor.

Gesucht mehrere Drangstellen.
Off. u **A K** an die Exped. d. Bl.

Eine junge Frau bittet um Stückwäsche.
Zu erfragen Rosenstraße 8, Hof, eine Tr.

Ein saub. Bett zu kaufen gesucht.
Off. u. **Z O** an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen:
1 Sofa-Bord, geschnitzt,
2 tür. Kleiderschrank, Küchenschrank,
6 Polsterstühle, 1 Lehnstuhl.
Königstraße 26, I., Flügel.

Umständehalber ein fast neuer Dauerbrandofen billig zu verkaufen
Prießstraße 8 p.

Guterhaltene Trittnähmaschine
zu verkaufen Brolingstraße 23, I.

Bruteier zu verkaufen von echten rebhuhnfarbigen Italienern.
(Stück 15 Pfg.) Schwartauer Allee 34, I.

Zu verkaufen: Frack-, Gehrock-, Jackett-Anzüge, Paletots, Hosen und Westen, sehr gut erhalten, billig
Fünfhausen 21.

Briefmarkensammlungen,
einzelne **Briefmarken,** alte **Briefschaften** 2c. werden zu den höchsten Preisen angekauft
Ecke Fischergrube u. Untertrave 70.

Beständig große Auswahl in Ferkel. Lieferung eventl. frei Lübeck.
Hof Niendorf in Lübsch.
(80 Zuchtsauen.)

Wir empfehlen folgende neue Schriften:

Politischer Massenstreik . . . . . **20** Pfg.
Ein katholischer Pfarrer als Sozialdemokrat . . . . . **10** Pfg.
Kommunale Schulpolitik . . . . . **50** Pfg.
Wie sollen wir unsere Kinder ohne Prügel erziehen . . . . **30** Pfg.
Was hat der Vater seinem 18jährigen Sohn zu sagen . . . **20** Pfg.
Wie schütze ich mich als Soldat vor Misshandlungen . . . **50** Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Bibliothek des praktischen Wissens.

Nr. 1. **Die Kunst der Rede,** Mk. 1.
Nr. 2. **Das Ehe- und Familienrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 3. **Das Vormundschaftsrecht,** Mk. 0.75.
Nr. 4. **Das Erbrecht und die Testamente,** Mk. 0.75.
Nr. 5. **Das Recht der unehelichen Kinder und der Kindermütter,** Mk. 0.75.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 50.

Käse.

ff. Tilsiter	35—80 Pfg.
ff. Holländer	90, 100, 120 „
ff. Schweizer	90, 100, 120 „
Durch Zufall eine Partie	
ger. Mettwurst	Pfd. 100 „
ger. Speck	Pfd 100 „
f. Süßrahm-Margarine	50, 60, 70 „

F. Franz, Fünfhausen 22.

Alle Sorten
Weine und Spirituosen
auch im Klein-Verkauf und Ausschank empfiehlt
J. Höppner, Beckergrube 66.

Ein großer Posten
Zigarren, Zigaretten,
Rauch-, Kau- u. Shagtabak, Spitzen u. Pfeifen,
aus der Pleßmann'schen
Konkursmasse
stammend, sollen schnellstens zu wirklichen **Schleuderpreisen** geräumt werden.
Verkaufslokal
Hüxstr. 45 Hüxstr. 45.
Avis! für Papierwarenhändler:
Ca. 2000 Stück Gratulationskarten für alle Gelegenheiten
billig! billig!

Geschäfts-Anzeige.

Indem ich hierdurch ganz ergebenst davon Kenntnis gebe, daß ich das seit 26 Jahren von meinem verstorbenen Manne **Gustav Hamann** betriebene

Kolonial-, Fettwaren- und Spirituosen-Geschäft
gr. Gröpelgrube 55

in unveränderter Weise fortführen werde, bitte ich um Erhaltung des demselben bisher entgegengebrachten Vertrauens, welches in jeder Weise zu rechtfertigen stets mein festes Bestreben sein wird

Lübeck, 15 Juni 1906

Doris Hamann Ww.

Frische Eier	11 Stück	60 Pf.
Himbeersaft	Flasche	35 Pf.
Speiseöl	„	45 Pf.
Pflaumenmus	Pfund	19 Pf.
Pikanten Tilsiter Käse	„	45 Pf.
Holsteiner Käse	„	25 Pf.
Harzer Käse	7 Stück	10 Pf.
Salzheringe und Matjes	10 Stck.	48 Pf.
Kakao	Pfund	88 Pf.
Kartoffelmehl	„	15 Pf.

5 Pfund Marmelade mit Eimer 1.20 Mk.

Frische Meiereibutter
Pfund 1.15 Mk.

Sehr schöne Margarine
Pfund 50 Pf., 2 Pfund 95 Pf.

Posten ger. Mettwurst
sonst Pfund 1 Mark, jetzt Pfund 85 Pf.

Gemischtes Backobst Pfund 35 Pf.

Otto Burckhardt,
Hüxstraße 42.

Heute sind die neuen hochfeinsten
Matjes-Heringe
und die großartig schmeckenden
jungen Kartoffeln
(lange) wieder eingetroffen.
2 Pfd. 25 Pfg., 5 Pfd. 60 Pfg.
Alfred Waedow, Sadowstr. 19
Rote Lubeca-Marken.

Achtung! Für ausgekämmtes Damenhaar zahlt höchste Preise.
Ed. Rieck, Friseur, Fackenburger Allee 54.

Knaben-Zugschuhe 150 Mk.

Dam.-Leder-Spangen 210 Mk.

Damen-weiss Glacee-Spangen 255 Mk.

Dam.-Rossl.-Zugstief. 250 Mk.

Dam.-Lasting-Schuhe ½ Absatz 135 Mk.

Ein Posten graue Dam.-Strandschuhe mit Lederabs. 1.90 Mk.
Ein Posten Herren-Helios-Schnürstiefel . . . . . 6.40 Mk.
ca. 600 Paar, alle No. 40—47.

Sommer-Ausverkauf.

Schuhwaren-Verkaufshaus

Hugo Haendler, Breitestr. 95.

Telephon 684.

Ein Posten **farbige Stiefel** sowie **Damen-Leder-Gürtel** | **bis zu halben Preisen.**

Kein Umtausch. ✵ **Rindlederne Arbeitsschuhe mit 10 pCt. Rabatt.**

Ein Posten kräftige Kinder-Stiefel . . 27—30 3.00 Mk. 31—35 3.25 Mk.
Ein Posten Plüsch-Pantoffel mit fester Ledersohle . . . . . 70 Pfg.

Kinder-Schuhe, Rossl. bis 26 100 Mk.

Braune Ziegenl.-Stief. 21—26 240 Mk.

Dam.-Schnür-Lederst. mit Lackkappe 390 Mk.

Herren-Schnür- u. Schnallenst. 590 Mk.

Herren-Lack- u. Boxcalf-Stief. 890 Mk.

Grosse Auktion

am Sonnabend, den 16. Juni
vorm. 9½ und nachm. 4 Uhr
Breitestraße 32

sollen die aus der **Plessmannschen Konkursmasse** stammenden Papierwaren, ferner 2500 Schreibhefte, gerahmte Bilder, Lübecker Andenken, Partie Nippes, Herren- und Damen-Taschenuhren, Similibrillant-Brochen, Freischwinger, Weckuhren, Gold- und Silbersachen **öffentlich meistbietend verkauft werden** durch den

Auktionator und Taxator
Albert Mohrmann.

Wer

preiswert und vorteilhaft seine
Kolonial- und Fettwaren
kaufen will mache einen Versuch bei
A. Fölsch
No. 23 Wakenitzmauer No. 23.
Rote Rabattmark. auf sämtl. Kolonialwaren

Achtung!

Zentral-Verband aller in der Schmiederei beschäftigten Personen

Versammlung

am Sonnabend den 16. Juni
abends 8½ Uhr
im Vereinshaus, Johannisstraße 50.

Tages-Ordnung:
1. Innere Verbandsangelegenheiten.
2. Fragekasten und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Tierpark Lübeck.

Sonntag den 17. Juni:
Großes Gartenkonzert

Eintritt 10 Pfg.
Kinder in Begleitung Erwachsener frei.
Anfang 4½ Uhr.
Hamburgerstraße nachmittags 6 Uhr.
W. Grammerstorf.

Vor-Anzeige!

Arbeiter-Radfahrer-Verein Lübeck.

Unser diesjähriges **Sommerfest** verbunden mit **Tombola, Preis-Schießen, Kegeln** und **Korsofahrt** findet am **Sonntag, d. 8. Juli 1906** in sämtlichen Räumen des **„Konzerthaus Lübeck", Fackenburger Allee 40—42** statt.

Das Komitee.

Neu eingetroffen:
Kinder-Sportwagen
6,50 7,20 8,50 10,— bis 25,— Mk
Picknickdosen
—,48 —,65 1,— 1,25 Mk.
RIESEN-BAZAR
Pietro Cagna.

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel

kaufen Sie **billig** und **reell** bei
Markt 4. **Otto Albers** Kohlm. 10.
z. B. komplete Betten von **12.50** Mk an, Federn pr Pfd. von **45** Pf. bis 4 Mk
Rote Lubeca-Marken.

Rensefeld.

Am Sonntag den 17. Juni 1906
Sommer-Vergnügen
des
Gesang-Vereins „Harmonia"
Ausflug nach dem Riesebusch

Abmarsch 1½ Uhr vom Vereinslokal.
Abends 7 Uhr: **Ball im Vereinslokal.**
Hierzu ladet freundlichst ein
Das Festkomitee u. G. Sternberg.
NB. Vereinszeichen sind anzulegen.

Bringe meine
Schänkwirtschaft
b. Bau d. Zentralgefängnisses
in freundliche Erinnerung.
Gute Speisen und Getränke.
A. G. Schodde.

Fackenburger Liedertafel.

BALL
mit Tombola
am Sonntag den 17. Juni 1906
bei Herrn Paetau, Fackenburg
Ballanfang 7 Uhr. Ende morgens.
Ziehung der Tombola statt 3 Uhr 9 Uhr.
Tombolalose à 20 Pfg.
Diejenigen, welche Lose in Händen haben, werden ersucht, dieselben am Sonnabend den 16. d. M. beim Kassierer abzuliefern und die übrigen zu begleichen.

Der Vorstand

Mitgliederversammlung
der
Zentral-Kranken- u. Sterbe-Unterstützungskasse d. deutsch. Schiffbauer
am Sonnabend den 16. Juni
abends 8 Uhr
bei Herrn Jürss, Engelsgrube 59.

Tages-Ordnung:
Wahl. Verschiedenes.

Die örtliche Verwaltung.

Hansa-Theater

Heute Sonnabend den 16. Juni,
abends 8 Uhr.
Wiederholung der einstimmig als
urkomisch
anerkannten Burleske

Der
Raubmörder

Morgen Sonntag den 17. Juni,
nachmittags 4 Uhr.
Die verwunschene Prinzessin.
Abends 8 Uhr:
Zum letzten Male!
Der Raubmörder.

Stadthallen-Theater.

Direktion: L. Piorkowski.
Sonnabend, den 16. Juni. 7½ Uhr.
I. Klassiker-Abend
zu ermäßigten Preisen.
Schülerbillets auf allen Plätzen 50 Pf
Minna von Barnhelm.
Lustspiel in 5 Akten v. Lessing.
Sonntag den 17. Juni 1906. 7 Uhr.
I. große Doppel-Vorstellung zu einfachen Preisen.
Doktor Claus. Hierauf: Hans Huckebein.
Vorverkauf a. d. Theaterkasse, bei F. W. Kaibel und Otto Borchert, Breitestr., billiger.
Dutzendbillets nur a. d. Theaterkasse.

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 137 — Sonnabend, den 16 Juni 1906. — 13. Jahrgang.

Schutz der weiblichen Arbeitskraft.

K. In einem vorhergehenden Artikel haben wir in allgemeinen Umrissen die Statistik der weiblichen Erwerbstätigen behandelt und weiterhin darauf hingewiesen, daß ihnen durch den Buchstaben des Gesetzes allerdings ein begrenzter Schutz gewährt wird. Im nachfolgenden sei an Beispielen erläutert, daß dieser Schutz tatsächlich nur ein theoretischer ist, weil es der Mehrzahl der Unternehmer aus eigenem Antriebe nicht einfällt, die in Betracht kommenden gesetzlichen Bestimmungen auch nur anzusehen, geschweige denn auf ihre Durchführung zu achten. Die Unternehmer fühlen sich recht sicher unter dem jetzigen Zustande.

Der Mangel an Gewerbeaufsichtsbeamten, vor allem das so gut wie vollständige Fehlen von weiblichen Beamten macht eine hinreichende Kontrolle und zwangsweise Durchführung der gesetzlichen Vorschriften fast unmöglich. Daher kommt es, daß zumeist die Bestimmungen, die für Leben und Gesundheit der Arbeiterinnen und zur Aufrechterhaltung von Sitte und Anstand erlassen sind, nur auf dem Papier stehen.

Absatz 3 und 4 des § 120 b der Gewerbeordnung verlangen z. B.: „In Anlagen, deren Betrieb es mit sich bringt, daß die Arbeiter sich umkleiden und nach der Arbeit sich reinigen, müssen ausreichende, nach Geschlechtern getrennte Ankleide- und Waschräume vorhanden sein. Die Bedürfnisanstalten müssen so eingerichtet sein, daß sie für die Zahl der Arbeiter ausreichen, daß den Anforderungen der Gesundheitspflege entsprochen wird und daß ihre Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand erfolgen kann."

Bezüglich der Ankleideräume sieht es nun sehr schlecht aus. Den Textilbetrieben ist eine solche Einrichtung vielfach völlig unbekannt. In der Spinnerei Vorwärts in Bielefeld müssen zirka 300 Arbeiterinnen ihre Kleidung in den Arbeitsräumen zwischen den Maschinen wechseln, während zur selben Zeit die Arbeiter und Angestellten ungeniert ihren Obliegenheiten nachgehen. An Bedürfnisanstalten, deren Benutzung ohne Verletzung von Sitte und Anstand ermöglicht werden soll, stehen diesen zirka 300 Arbeiterinnen nur zwei zur Verfügung, die außerdem noch von den jugendlichen männlichen Arbeitern benutzt werden.

Haltlose und völlig ungesetzliche Verhältnisse sind auch in einer ganzen Anzahl chemischer Wäschereien und Plättereien in Köln zu bewängeln. Häufig führt die mit der Arbeit verbundene Hitze Ohnmachtsanfälle unter den schlecht entlohnten und daher nur mangelhaft genährten Arbeiterinnen herbei. Dann steht den Aermsten vielfach als Erholungsraum nur der Abort zur Verfügung. Ein Skandal, der sowohl der Humanität wie auch der Sitte und dem Anstand ins Gesicht schlägt.

In einer Kuvertfabrik zu Heidenau müssen die Arbeiterinnen direkt um Erlaubnis fragen, wenn sie zum Abort wollen. Verlassen sie ohne Erlaubnis die Maschine, so haben sie 25 Pfg. Strafe zu zahlen. In verschiedenen anderen Fabriken sind selbst verheiratete Frauen von den Meistern direkt vom Abort hergeholt worden, weil sie nach der „fachmännischen" Ansicht der letzteren zu lange ausgeblieben waren.

Eine Eisen- und Stahlgießerei in Gevelsberg kommt der Forderung von nach Geschlechtern getrennten Wasch- und Ankleideräumen in der Weise nach, daß sie jeden Mittag und Abend ihre Arbeiterinnen mit den Kleidern nach dem Abort marschieren läßt, um sich dort aus- und anzukleiden, weil eben zur selben Zeit die Former den einzigen freistehenden Raum zum Waschen benutzen.

In den Porzellanfabriken von Selb und Umgegend sind die Waschvorrichtungen äußerst ungenügend, Handtücher fehlen vollständig, trotz der Benutzung der bleiweißhaltigen Glasuren, die bei mangelhafter Reinigungsgelegenheit unbedingt zu Bleivergiftungen führen muß. Die Porzellanfabriken, speziell die Aktiengesellschaften, arbeiten mit riesigen Prozenten, die Aktiengesellschaft Kahla zahlte im letzten Geschäftsjahr 35 Proz., trotzdem langt's nicht zur Innehaltung der minimalen Arbeiterinnenschutzbestimmungen.

Oft besprochen sind auch die äußerst „appetitlichen" Zustände, die sich in der Branche der Nahrungsmittel breit machen. Eine Anzahl Marinierereien in Kiel stellt ihren Arbeiterinnen weder Räume, noch Waschbecken, noch Handtücher zur Verfügung. In Schlutup, in einer Braterei, nehmen die Arbeiterinnen das Essen an den Pfannen ein, während einer oft 12–16stündigen Arbeitszeit, die durch keinerlei Pausen unterbrochen wird.

Verletzend, und der guten Sitte widersprechend dürfte auch die Liebesvisitation sein, die sich die Arbeiterinnen fast ausnahmslos in den Bonbon- und Schokoladefabriken gefallen lassen, und die nicht immer von weiblichen Personen ausgeführt wird.

Die angeführten Verstöße gegen den § 120 b der Gewerbeordnung sind wahllos aus der Fülle der Beschwerden herausgegriffen. In einem weiteren Artikel werden wir die anderen Paragraphen durchgehen und nachweisen, daß auch in bezug auf diese die Unternehmer ebenso skrupellos sind und die Arbeiterinnen alle Ursache haben, selbst mit zu arbeiten, um die Unternehmer zur Befolgung der gesetzlichen Vorschriften zu zwingen.

Politische Rundschau

Deutschland.

„Deutscher Boden in Gefahr!" Wo denn? Wo steht der Feind, der deutschen Boden annektieren will? Die „Nationalztg." gebraucht diese alarmierend klingende Stichmarke für folgende Notiz: „Aus Agram wird uns gemeldet, daß die in Kroatien, Gespanschaft Virovitica, in deutscher Bauerngegend gelegenen fürstlich Lippe-Schaumburgischen Familiengüter verkauft werden sollen und daß die größte Gefahr besteht, daß sie zum Schaden des deutschen Besitzstandes in slawische oder magyarische Hände übergehen." — So, so! Das ist wirklich kostbar. Dadurch, daß in Kroatien eine deutsche Fürstenfamilie Güter besitzt, wird dieser Boden zu „deutschem" Boden! Was doch der „Patriotismus" alles fertig bringt. In Deutschland haben bekanntlich französische Adelsfamilien sehr große Besitzungen. Welchen Lärm würde unsere „nationale" Presse schlagen, wenn ein französisches Blatt diesen Besitz als „französischen Boden" reklamieren würde! Uebrigens: wenn gewisse Patrioten Wert darauf legen, daß jene Familiengüter in deutschen Händen bleiben, weshalb richten sie nicht an das fürstlich Lippe-Schaumburgsche Haus die Mahnung, seinen „echten deutschen Sinn" dadurch zu beweisen, daß es die Güter nicht an Slaven oder Magyaren verkauft?

Rußland.

Ein Aufruf Plechanows. „Genossen, Arbeiter! Wir wenden uns an euch mit diesen Zeilen in einem Augenblick, dem an Wichtigkeit kein anderer im Leben unseres Landes gleichkommen kann. Die Regierung mit dem Minister Goremykin an der Spitze hat sich geweigert, die Forderungen der Reichsduma zu erfüllen. Sie gibt keine Amnestie denjenigen, die sie für Verbrecher erklärt hat, weil sie für die Freiheit gestritten haben. Sie gibt den Bauern, die durch das Verschulden der Regierung Hunger leiden müssen, kein Land. Was soll nun getan werden? Das ist die Frage, die ihr im Interesse der Freiheit, im Interesse eurer Heimat mit voller Kaltblütigkeit überlegen müßt, so sehr auch in euren Herzen die Flammen gerechter Entrüstung lodern. Ihr müßt Fehler vermeiden, die unserer ganzen Bewegung schweren, ja vielleicht nicht wieder gut zu machenden Schaden zufügen können. Laßt euch nicht provozieren! Die Macht der Regierung nimmt mit jedem Tage ab, denn mit jedem Tage wird unser Volk immer klarer bewußt, daß es von der Regierung nichts neues zu erwarten hat außer neuen und immer neuen Unterdrückungen. Die Regierung sieht, wie die Dinge stehen, und will euch zu einer Schlacht provozieren, so lange ihre Macht noch größer ist als die eurige. Laßt euch nicht provozieren, laßt euch nicht durch Reden zwar aufrichtiger, aber unbesonnener Leute, die euch zu den Waffen rufen, betören. Jetzt den Kampf aufnehmen heißt eine schwere Niederlage erleiden. Das ist aber noch nicht alles. Unsere Regierung, die die Metzeleien der Schwarzen Banden anstiftet und jede freie Regung unterdrückt, verhindert nicht die Kritik an der Reichsduma. Warum, glaubt ihr, geht sie so vor? Weil die Regierung aus euch eine Waffe der Reaktion machen will. „Die Revolutionäre greifen die Duma an," sagt sich „Goremykin, „das ist uns sehr gelegen, wo unsere Weigerung, die Forderungen der Reichsduma zu erfüllen, zu einem gewaltigen Zusammenstoße zwischen uns und ihr führen wird. Je mehr das Ansehen der Duma in den Augen des Volkes fällt, desto weniger wird das Volk sie unterstützen, desto leichter wird es sein, ihr das Maul zuzudrücken oder gar sie auseinanderzujagen. Mit den Revolutionären aber werde ich dann schon fertig." Genossen, Arbeiter! Ihr müßt unbedingt diesen Plan Goremykins vereiteln. Laßt euch nicht dadurch irreführen, daß in der Duma die bürgerlichen Parteien herrschen. Nicht deshalb haßt Goremykin die Duma, weil die Bourgeoisie in ihr die Oberhand hat, sondern weil die in ihr vorherrschende Bourgeoisie die Freiheit für alle und Land für die Bauern fordert. Nicht gegen die Bourgeoisie ist die Verweigerungspolitik Goremykins gerichtet, sondern gegen das ganze Volk. Und das ganze Volk muß den Herrn Goremykin zwingen, diese Politik aufzugeben. Jedes Zaudern wäre in diesem Falle unseres Volkes unwürdig, es hätte gezeigt, daß es noch nicht verstanden hat worin die brennendste politische Aufgabe unserer Zeit besteht. Zu einem erfolgreichen Kampfe für den Sozialismus ist politische Freiheit nötig. Damit wir aber politische Freiheit haben, müssen wir die von der Reaktion geschmiedeten Pläne zum Scheitern bringen. Wehe euch, wehe dem ganzen Lande, wenn ihr jetzt eure ganze Aufmerksamkeit nicht auf diese Frage richtet. Die Reaktion wird sich eure Fehler zunutze machen und wird einen schrecklichen Schlag gegen die Freiheitssache führen. Wundert euch nicht, daß wir uns an euch mit diesem Aufrufe wenden. Schon seit Beginn der achtziger Jahre haben wir euer Erscheinen auf der weltgeschichtlichen Bühne vorausgesagt und haben darauf gewartet, wie die Juden den Messias erwarten. Wir wurden nicht müde, immer und immer wieder zu wiederholen, daß die revolutionäre Bewegung bei uns als Bewegung der Arbeiterklasse siegen wird oder aber gar nicht siegt. Und nun, wo die Tatsachen unsere Erwartungen bestätigen, jetzt, wo dank dem heroischen Kampfe der Arbeiterklasse unsere Freiheitsbewegung schon ihrem Siege nahe ist, können wir nicht mehr schweigen, wir halten es für unsere Pflicht, auf die politische Falle hinzuweisen, in die die Reaktion euch locken will. Euer treuer Georg Plechanow."

Aus der Duma. Ueber die Donnerstagssitzung liegt folgende offiziöse Meldung vor: In der heutigen Sitzung der Duma verzichteten mehrere Abgeordnete unter lebhaftem Beifall auf das Wort, während einige andere lange Reden hielten. Man erwartete eine Erklärung des Oberprokurators im Kriegsministerium, Generalleutnants Pawlow, über die Todesstrafe. Pawlow bat heute den Kriegsminister um die Erlaubnis, der Duma seinen Bericht schriftlich zu überreichen und ihn nicht persönlich zu verlesen. Das Haus ist über die langen Reden in der Agrarfrage aufgebracht und lärmt. Während der Deputierte von Wilna, Chirnius, fast eine Stunde spricht, hört man Rufe: Genug! Genug! Chirnius verläßt die Rednertribüne. Das Haus nimmt dann einen Antrag an, die Redezeit der einzelnen

Im Banne des Spiritismus.

Zeitroman von Friedrich Thieme.

(35. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Wollen Sie auch noch unter die Schmeichler gehen," versetzte Hedwig, den Kopf schelmisch trotzig hin und her werfend. „Pah, im Ernst, Agnes, ich hasse nichts so sehr wie den Schein! Was hilft mir eine Bewunderung, die nicht mir, sondern einem Etwas gilt, das nicht mir selbst gehört. — Ich müßte mich ja nur schämen? Was gibt es jämmerlicheres, als mit Gaben zu prunken, die uns die Natur nicht verliehen hat? Ein Maler oder Schriftsteller, der sich mit fremden Federn schmückt, würde seine Ehre verlieren — sollen wir Frauen uns allein das Armutszeugnis ausstellen, daß wir nicht den Mut, das Anstandsgefühl und die Wahrheitsliebe besitzen, uns so zu geben, wie wir sind? Haben wir uns geschaffen? Nein, Agnes, beim Himmel, und hätte ich einen Buckel, so hätte ich auch die Karage, ihn zu vertreten — wehe dem Manne, der mich jemals scheel deswegen ansähe — ich schmetterte ihn zu Boden," schloß die Professorstochter mit blitzenden Augen.

Agnes mußte jetzt wirklich lachen.

„Ich traue es Ihnen zu, Sie kleiner Sprühteufel, — kommen Sie."

Die jungen Damen gingen in den Salon hinab, wo sie die Gesellschaft fast vollzählig versammelt fanden. Nur Mr. Low und Katie Hyde fehlten noch — aber gerade als Agnes und Hedwig eintraten, meldete der Diener, daß der Wagen mit den Herrschaften eben vorgefahren sei.

Katie mußte nicht ganz wohl sein, denn Allan trug eine besorgte Miene zur Schau, während er die Prophetin in der Garderobe aus ihrem kostbaren Pelze herausschälte.

„Wie fühlst Du Dich, liebes Kind?" erkundigte er sich in arabischer Sprache.

„Schwach, schwach zum Sterben," erwiderte sie ebenso, die Hand an die Stirn pressend.

„Wollen wir nach Hause fahren?"

Katie schien zu schwanken.

„Freilich hängt viel vom heutigen Abend ab — er bedeutet einen schwer errungenen, einen teuer erkauften Sieg — er soll die Baronin zur unseren machen! Er ist ein rot angestrichener Tag im Kalender unserer Mission, Katie. Und wenn wir heute uns entschuldigen müssen, dann ist vielleicht alles verloren, war alle Arbeit umsonst. Indessen —"

Die junge Dame erhob ihre flache Brust zu einem tiefen Atemzuge.

„Allan," sprach sie dann mit einem heroischen Entschlusse, der ihre eben noch matten, angegriffenen Augen in funkelnde, vom elektrischen Feuer durchglühte Sterne verwandelte, „trage keine Sorge, ich werde mich bezwingen. Du sollst sehen, was ein starker Geist über einen schwachen Körper vermag."

„Wirst Du Dir aber auch nicht zu viel zumuten?"

Miß Hyde lächelte verachtungsvoll.

„Denk an die Wüste," entgegnete sie stolz und schritt voraus in den Salon.

Katie hielt Wort. Niemand merkte ihr ihre Erschöpfung und Schwäche an. Der Enthusiasmus, mit dem man sie allseitig empfing, der Wert, den man auf ihre Anwesenheit legte, die achtungsvolle Verehrung, mit der man sie behandelte, erregten ihren Stolz und Ehrgeiz aufs äußerste, sie wirkten auf ihre Lebensgeister wie anregende Elixiere, sie erkannte in sich die geistige Beherrscherin des kleinen Kreises an, setzte sich durch die Kraft der unbewußt in ihr wirkenden Autosuggestion in Besitz der zur Aufrechterhaltung ihrer Geltung notwendigen Kraft.

Mit hoher innerer Genugtuung erblickte sie sich und ihren Begleiter als den Mittelpunkt eines Kreuzfeuers offen und verstohlen ausgesandter neugieriger Blicke; ihre seltsame Art, sich zu kleiden, sowie ihre ganze schwächliche, unscheinbare, zarte ätherische Gestalt erregten mehr Bewunderung als Befremden, so sehr schienen beide Teile ihres geheimnisvollen geistigen Wesens zu bilden. Vor allen die Damen musterten mit begieriger Aufmerksamkeit die schwarze, jeden Zierrats entbehrende Robe, welche die schlanke Figur eng umschloß, und eine derselben, Frau Regierungsrat von Steven, konnte die echt weibliche Bemerkung nicht unterdrücken, wie hübsch sich ein wenig Schmuck am Körper Katies ausnehmen müsse, gerade weil er mit dem einfachen Kleid so prächtig kontrastiere.

Katie lächelte verächtlich.

„Ich weiß wohl, Sie sind über dergleichen Eitelkeiten erhaben," fuhr die Dame eifrig in englischer Sprache, deren man sich auf Ersuchen Allan Lows mit Rücksicht auf Katie allgemein bediente, fort. „Und doch, sollte ich meinen, um den Hals ein Brillantkreuz, ein paar Ringe an den Fingern, ein goldener Reif um den Arm — probieren Sie einmal."

Die Dame saß neben dem Medium und streifte geschäftig ihr eigenes goldenes Armband ab, um es in scherzender Liebenswürdigkeit ihrer Nachbarin über den Arm zu streifen.

Katie fuhr bei der Berührung des Kleinods erschrocken zurück, ihren zarten Leib durchrieselte ein förmlicher Schauer.

„Bitte lassen Sie," rief sie heftig abwehrend.

Die Anwesenden blickten befremdet auf sie hin.

„Verzeihen Sie," mischte sich Mr. Low, der bisher halblaut mit Frau von Tillo gesprochen hatte, erklärend ein, „Miß Katie enthält sich nicht allein jedes Schmuckes, weil sie ihn als weltlich erachtet, sie hat eine direkte Abneigung dagegen. Schon die bloße Berührung von Perlen oder Brillanten erregt ihre empfindlichen Nerven, ja sie haftet nicht einmal gern den Blick darauf. Es ist dies eine eigentümliche Idiosynkrasie."

Redner auf 10 Minuten zu beschränken. Galetzky widerlegt die Behauptung des polnischen Deputierten Makonetschny, welcher erklärt hatte, daß die Polen das Eigentumsrecht verteidigen werden; sie wollten, daß die Entscheidung dem künftigen polnischen Landtage unterbreitet werde. Galetzky führt aus, er würde das Prinzip der Autonomie unter solchen Bedingungen bekämpfen. Die Enteignung, einmal anerkannt, müsse allgemein werden. Nach einer Pause beschließt das Haus, dem Antrage auf Ausschluß des Abgeordneten Ulianow, der Redakteur eines gerichtlich verfolgten Blattes ist, nicht stattzugeben. Die weitere Sitzung wurde geradezu stürmisch. Der Oberprokurator im Kriegsministerium, Generalleutnant Pawlow, erklärt, die Todesstrafe könne vom Kriegsminister nicht abgeschafft werden. Dieser habe nicht das Recht, sich den Entscheidungen der Gerichte in den Weg zu stellen. (Rufe: Mörder! Henker!) Der Präsident droht, die Sitzung zu schließen. Die Abgg. Kusm, Laravajew und Lebusky halten heftige Reden unter lärmendem Beifall. Sie richten Angriffe gegen die Regierung und lenken die Aufmerksamkeit auf die Verzweiflung, die sich des ganzen Landes bemächtige und zu fürchterlichen Geschehnissen führen könne. Der Priester Aasanssiew erinnert an den Namen der Leutnants Schmidt in Sewastopol, den er als einen Freiheitskämpfer feiert. Redner schließt: Der Zorn Gottes werde auf die Uebeltäter niederfallen und sie würden beim Gesetz keinen Schutz finden, wenn das erbitterte Volk aufstehen werde.

Zum Tode Gapons ist es dem Untersuchungsrichter gelungen, festzustellen, daß der Mord durch drei Personen ausgefürt wurde. Der Organisator des Mordes ist der Ingenieur Rutenberg, der jetzt in der Schweiz lebt. Es sind bereits Schritte zu seiner Auslieferung getan.

Unruhen im Kaukasus. Die „Frankfurter Zeitung" meldet aus Tiflis: Auf dem Golowinsky-Prospekt wurde gegen den Generalgouverneur Timofejew eine Bombe geschleudert, wobei ein Kosak getötet wurde. Der Generalgouverneur wurde schwer verwundet. Der Attentäter wurde durch drei Revolverschüsse von einem in einem Wagen nachfahrenden Polizeimeister getötet. — Der Chef der Bahnverwaltung der Transkaukasischen Eisenbahn wurde ermordet; auch der Materialchef derselben Bahn wurde durch einen Revolverschuß getötet. Die Attentäter entkamen. — Gegen den Generalmajor Alichanow wurde in Kutais in dem Moment eine Bombe geschleudert, als er den Zug nach Tiflis besteigen wollte. Alichanow wurde an der Lunge und an der Leber derart verletzt, daß er nach wenigen Stunden starb. Einer der begleitenden Kosaken schoß gegen das Haus, aus welchem die Bombe geschleudert wurde, worauf die Attentäter noch weitere sieben Bomben aus dem Hause warfen, wobei einige Kosaken getötet wurden.

Die Henkerarbeit in den Ostseeprovinzen. Das Kriegsgericht in Riga hat das Urteil im Prozeß gegen 36 Angeklagte gefällt, die der Zugehörigkeit zu einer revolutionären Kampforganisation beschuldigt waren. Sieben Hauptschuldige, darunter die beiden Führer, von denen einer ein jüdischer Provisor ist, wurden zum Tode durch den Strang verurteilt; 18 andere Mitglieder der Kampforganisation, darunter zwei siebzehnjährige Mädchen, wurden zur Zwangsarbeit von 3 bis zu 15 Jahren verurteilt. Es ist zu erwarten, daß es in der Reichsduma aus diesem Anlaß, ebenso wie kürzlich gelegentlich der Hinrichtung von acht politischen Angeklagten in der Festung Dünamünde, zu lauten Protestkundgebungen kommt.

Verdächtig. Die russische Regierung fühlt wieder einmal das Bedürfnis, zu dementieren. Das läßt tief blicken. Aus Petersburg meldet ein Telegramm: Die Regierung bezeichnet alle Meldungen über angeblich im Heere aufgetretene Meutereien als falsch. Die Regierung könne sich unbedingt auf die Armee verlassen. — Die Regierung soll das nicht so kühn behaupten. Nach übereinstimmenden Meldungen der verschiedensten Blätter ist die Stimmung im russischen Heere sehr schwierig. Die Verhandlungen der Duma, deren Berichte in den Kasernen verschlungen werden, machen auf die Soldaten einen tiefen Eindruck. Und die 400 000 Rekruten, die im Herbst in die Armee eingestellt werden sollen, werden kaum als unbedingte Stützen des Selbstherrschertums betrachtet werden können. Die russischen Gewalthaber machen sich denn auch schon schwere Sorgen, wie dieser Gefahr zu begegnen ist.

Soziales und Gewerkliches.

Aus dem in- und ausländischen Gewerkschaftsleben. Die Arbeiter der Maschinenfabrik Christian Mansfeld in Leipzig haben am 12. Juni die Arbeit wegen Maßregelung von Verbandsfunktionären niedergelegt. — In der Dresdner Metallindustrie drohen neue Kämpfe. Das Verhalten einiger Firmen nach der Aussperrung hat zu ernsten Differenzen geführt. — Zuzug von Dachdeckern von Bielefeld und Duisburg ist fernzuhalten. — Wegen rigorosen Vorgehens der Direktion, Zurückgabe des eingereichten Tarifs, Ablehnung jeglicher Verhandlung und Maßregelung der Arbeiterkommission stellten am Sonnabend sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen in Suckau, Kreis Sprottau, die Arbeit ein. — Zuzug von Schmieden nach Mannheim ist streng fernzuhalten, da ernsthafte Differenzen bevorstehen. — Der Streik auf der Burbacher Hütte im Saargebiet hat mit einer heillosen Blamage des christlichen Metallarbeiter-Verbandes geendet. Die ganze „Vermittlung" des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Boltz war für die Katz. Die Arbeit wurde bedingungslos wieder aufgenommen. Aber das nicht allein; Die Gemaßregelten werden nicht wieder eingestellt, das Koalitionsrecht wird nicht anerkannt! Und auf solch schmachvolle Bedingungen konnten sich die Führer des christlichen Metallarbeiterverbandes einlassen! — Ein Generalstreik ist in dem Fabrikorte Fives bei Lille ausgebrochen, weil die Compagnie de Fives einen Arbeiter wegen schlechter Arbeitsleistung entlassen hat. 2500 Arbeiter legten die Arbeit nieder.

Schuhmacher-Verbandstag. Am Dienstag wurde die Debatte unter den Geschäftsbericht fortgesetzt. Dieselbe nahm teilweise insofern einen recht unerquicklichen Charakter an, als aus derselben hervorging, daß unangenehme Differenzen zwischen Vorstand und Ausschuß bestehen. Die weitere Debatte drehte sich um spezielle Wünsche der einzelnen Zahlstellen. Nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen war, trat Vertagung auf Mittwoch ein.

Begnadigung eines Streikbrechers. Der allerhöchsten Gnade für würdig befunden wurde der Steinarbeiter Johann Sertl in München. Sertl ist gelegentlich der letzten Bauarbeiteraussperrung, obwohl er große Unterstützungssummen aus der Organisationskasse bezog, seinen streikenden Kollegen in den Rücken gefallen und hatte dann nicht weniger als sechs Anzeigen gegen sie wegen eines Vergehens gegen § 153 der G. O. erstattet mit dem Erfolg, daß die Denunzierten samt und sonders freigesprochen wurden. Aus Aerger hierüber verbreitete der edle Arbeitswillige das Gerücht, die Streikkommission habe die Gelder der Organisation verschlemmt und auf Kosten der Streikkasse Saufgelage abgehalten. Die Streikkommission stellte gegen den Sertl Klage wegen Beleidigung, und da er in der Verhandlung auch nicht den Schatten eines Beweises erbringen konnte, wurde er vom Schöffengerichte zu 50 Mk. Geldstrafe verurteilt. Hierauf richtete er an den Prinzregenten ein Gnadengesuch. Der Regent hat den Streikbrecher der allerhöchsten Gnade für würdig befunden und die Strafe auf 10 Mark ermäßigt. — Diese Begnadigung wird für gewisse christliche Lästermäuler sehr ermutigend wirken. Eine neue Art Arbeitswilligenschutz!

Das Reichsgericht verwarf am 12. Juni die Revision des Genossen Kressin, der am 1. März vom Leipziger Landgericht wegen Beleidigung des sächsischen Königs zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden war. Die Beleidigung war gefunden worden in der Beilage der „Leipziger Volkszeitung" „Albertinische Profile", die der Nr. 16 vom 20. Januar beigelegen hat. Das Landgericht hatte seinerzeit in der Urteilsbegründung gesagt, daß zwar der sächsische König nirgends genannt wäre, daß aber das Motto sowie die Ueberschriften „Die polnischen Auguste", „Der sächsische Ministertyp" usw. zu einem Vergleich mit dem jetzigen sächsischen König drängen. Dieser Auffassung hat sich auch der IV. Strafsenat des Reichsgerichts angeschlossen und die Revision verworfen. Gleichfalls verworfen wurde die Revision des Genossen Riem von der „Sächsischen Arbeiterzeitung", der ebenfalls zu sechs Monaten Gefängnis und außerdem zu 600 Mk. Geldstrafe verurteilt worden war. Die Verurteilung war ausgesprochen worden wegen angeblicher Beleidigung der Leitung des Garnisonlazaretts in Dresden und wegen angeblicher Beleidigung der Firmen Biesolt u. Locke in Meißen. — Das Reichsgericht bestätigt also die sächsische Justiz, was vorauszusehen war.

Vom „guten Ton" im Unternehmerlager. Die Lohnkommission der Leipziger Buchbinder hat ihre Tarifentwürfe, wie es die Innung so auch den einzelnen Unternehmern zustellen lassen. Von Herrn Buchbindermeister Saupe in der Königstraße ging darauf der Organisationsleitung folgendes Schreiben zu, das klärlich zeigt, wo der Sauherdenton daheim ist; das Kulturdokument lautet:

Leipzig, 11. Juni 1906.

Herrn M. Walther, Leipzig.

Sehr geehrter Herr!

Ich sende Ihnen anbei das Tarifentwurfskonzept mit dem Bemerken zurück, daß dasselbe für mich nichts weiter bedeutet, als ein Produkt grenzenlosen Blödsinns.

Sollten Sie bei Aufstellung des Akkordtarifs in dasselbe Stadium geraten, so empfehle den Herren, sich für die Ausarbeitung desselben ein Zimmer in der Heilanstalt Dösen zu mieten!

Johannes Saupe, Buchbindermeister.

Das Schreiben bedarf keines Kommentars.

Strafkonto der Arbeiterbewegung. Im Monat Mai wurden an Strafen erkannt: 3 Jahre 10 Monate 15 Tage Gefängnis, 1 Woche 3 Tage Haft und 3281,50 Mk. Geldstrafe.

Zur Neuorganisation der Partei entsprechend den Beschlüssen des deutschen Parteitages in Jena und des bayerischen Parteitages in Schweinfurt nahm nun auch der sozialdemokratische Verein München in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung. Es wurde beschlossen, den Monatsbeitrag auf 35 Pf. festzusetzen, das Bezirkskassierersystem einzuführen und die Beiträge vierzehntägig gegen Marken mit 20 und 15 Pf. einzuziehen. Da infolge der großen Ausdehnung der Partei die Geschäfte im Nebenamte nicht mehr besorgt werden können, wurde mit allen gegen 2 Stimmen die Errichtung eines Parteisekretariats beschlossen. Die Stellung eines Parteisekretärs soll ausgeschrieben werden und die einlaufenden Offerten sollen durch eine siebengliedrige Kommission geprüft werden, die dann einer Generalversammlung die entsprechenden Vorschläge zu unterbreiten hat.

Nachklänge vom „roten Sonntag". Unter den Preßprozessen gegen sozialdemokratische Redakteure, die an die Demonstrationen des roten Sonntags anknüpfen, ragt durch den Untergrund der Anklage und durch den eigenartigen Verlauf des bisherigen Verfahrens der gegen den Redakteur der „Märkischen Volksstimme" Richard Perner in Forst weit hinaus. Untersuchungshaft und Zeugniszwang haben in diesem Strafverfahren eine eigentümliche Rolle gespielt. Am 21. Januar erschien in der „Märkischen Volksstimme" ein Aufruf zu den Massendemonstrations-Versammlungen unter der Ueberschrift: „Eine Grenze hat Tyrannenmacht." Er erinnert zunächst an Ursprung und Erfolge der russischen Revolution. „Die Gewalt zeugte Gewalt und durch Massenstreiks und Aufstände vernichtete das revolutionäre Proletariat den Absolutismus." „Der Diener des russischen Zaren, der russisch-deutsche Reichskanzler" habe im Königsberger Prozeß ein Urteil des höchsten deutschen Gerichtshofes provoziert, nach dem es in Deutschland erlaubt sei, den gewaltsamen Kampf gegen das Zarat vorzubereiten und zu unterstützen. „Darum auf zum Hochverrat gegen Rußland." „Um Eure Sache handelt es sich hier. Wir müssen Waffen schmieden, damit sich einst auf den Trümmern des moskowitischen Kaisertums das demokratische Rußland erhebt." Der Artikel geht dann zum preußischen Dreiklassenwahlsystem über. „Mit Hülfe seines gesetzlichen Rechtes könne das preußische Volk erzwingen, daß es künftig nicht mehr so schamlos und grausam, so frivol und infam wie jetzt durch die verbrecherische Dreiklassenschmach" mißhandelt werde, die eine Handvoll Pfaffen, Schnapsjunker und Schlotbarone zu Alleinherrschern in Preußen mache. Mit Gewalt, mit dem Polizeisäbel und Bluturteilen habe man den Willen des Volkes zu ersticken gesucht. Aber „mit gesetzlichen Mitteln" könne eine unwiderstehliche Volksbewegung zugunsten des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts ent-

---

„Mr. Low hat recht," ergänzte lächelnd das Medium. „Wie manches Weib nicht dazu veranlaßt werden kann, einen Frosch oder eine Spinne anzugreifen, so hege ich eine mir selbst unerklärliche Scheu vor allen Pretiosen. Die Berührung vor allem eines Steines, und wäre es auch ein Diamant, durchrieselt mich wie ein Strahl kalten Wassers; es ist, als ob ein elektrisches oder magnetisches Fluidum von diesen Gegenständen ausginge, das meiner inneren Materie feindlich ist, ein chemisches Element, das sich mit dem Elemente meines Körpers nicht vermischt, sondern gegen sie kämpft."

„Wie interessant", raunte die Frau Regierungsrat von Steven ihrer anderen Nachbarin, der Frau Geheimrat Herzer zu.

„Oder bizarr," flüsterte diese zurück.

„Es ist einleuchtend," bemerkte Dr. Millian, „daß eine Individualität, die befähigt ist, die feinsten Emanationen des Aethers zu empfinden, notwendig von hoher Sensibilität sein muß, die hohe Gabe der Clairvoyance, welche der Himmel ihr verliehen, hängt damit innig zusammen."

„Miß Katie ist mehr Geist als Körper," stimmte der Amerikaner ernsthaft zu. „Ihre Anspruchslosigkeit in bezug auf materielle Bedürfnisse ist geradezu staunenswert — es scheint kaum glaublich, daß ein menschlicher Organismus bei einer so geringen Nahrungszufuhr bestehen kann."

„Dafür liefert sie uns heute Abend den Beweis," sagte Frau von Tillo.

„Wieso?"

„Miß Hyde hat außer einer Tasse Tee und einem Butterbrot nichts gegessen."

„Dann hat sie sich Ihrer Gastfreundschaft zu Liebe schon angestrengt," antwortete der Spiritist lächelnd.

„Sie sind wohl Vegetarianerin?" forschte der Professor mit Interesse. Simrath war ein Mann von sympathischem Aeußern, der Typus eines körperlich nicht besonders ausgezeichneten, aber mit großem moralischen Mut und geistiger Kraft ausgestatteten Gelehrten — für seine Jahre — deren Zahl Agnes auf etwa fünfzig schätzte — etwas vorzeitig gealtert, wenigstens soweit das äußere Aussehen in Frage kam, aber jung und elastisch in seinen Bewegungen und sicherlich auch in seinem Denken und Handeln.

Miß Hyde bejahte seine Frage.

„Ich stamme aus einem Lande, wo man überhaupt genügsamer ist, als hier im Norden," entgegnete sie. „Außerdem habe ich mich lange in Indien aufgehalten, dem Lande der Wunder und sanften Sitten, wo die Menschen sich nicht mit dem Blute der Tiere beflecken und man einen Fleischesser mit denselben Augen ansieht wie in Europa einen Kannibalen."

„Sie trinken auch keinen Wein?" fragte Baron Stephan.

„Ueberhaupt keinen Alkohol — ich verwerfe alle Reizmittel, zu denen ich auch das Fleisch der Tiere rechne, sowohl aus hygienischen als aus ethischen Gründen. Alle Reizmittel widerstreben dem Geiste sowohl des wahren Menschen, als des wahren Christentums. Beide sind für mich identisch, mein Leben ist ihrer Wiederherstellung gewidmet."

„Und Sie wollen diese asketischen Grundsätze in Ihrer neuen Glaubensgesellschaft verwirklichen?" fragte der Professor.

„Soweit möglich, ja."

Mr. Low unterbrach hier das Gespräch. „Miß Hyde hegt die Absicht, uns heute abend eine ausführliche Darlegung ihrer Entwickelung und Berufung zu geben und damit eine eingehende Schilderung der Mysterien unsrer heiligen Lehre zu verbinden, sowie die Wahrheit derselben und die Echtheit ihrer Sendung durch überzeugende Beweise zu manifestieren. Vielleicht ist sie so gütig, zu beginnen, die Zeit ist kostbar."

Katie Hyde, sich tief in ihren Sessel zurücklehnend, die Hände gefaltet und die Augen mit einem Ausdruck junger, schwärmerischer, andächtiger Eingebung zum Himmel gerichtet, erzählte nun unter feierlichem Schweigen der Versammlung mit leiser, durchdringender klarer Stimme die Geschichte ihres Lebens. Es war eine phantastische, derjenigen der Madame Blavatsky, der Begründerin der Theosophie, ähnliche Darstellung. Sie war danach die Tochter eines hohen türkischen Würdenträgers, ihre Mutter eine Christin durch Bekehrung. Sie selbst sei älter, als man meine, über vierzig Jahre, aber der Geist ihrer Sendung verjünge sie und strahle Jugend und Feuer aus ihren Augen!

Von Jugend auf von unendlicher Liebe zu Gott und seinem Sohne erfüllt, begab sich Katie nach dem Tode ihrer Eltern nach Jerusalem, um auf der heiligen Stätte zu beten. Hier erschien ihr ein Engel Gottes und berief sie zur Prophetin des Herrn. Ihre Lehrzeit machte sie in einem geheimen Kloster auf dem Sinai durch, von dessen Existenz die Menschen keine Ahnung haben und wo ihr durch alle Mysterien der Natur und Gottheit eingeweihte Meister die Geheimnisse des Alls und die Wunder des Spiritismus enthüllt wurden. Zehn Jahre blieb sie hier eifrig lernend und forschend. Alle Bücher der Welt standen ihr zu Gebote, alle Sprachen lernte sie. Mit den größten Geistern der Menschheit, Buddha, Goethe, Luther, Rousseau usw. stand sie in beständigem Verkehre. Endlich selbst zur Meisterin gereift, sandte das Kloster sie aus um zu lehren. Nach einiger Zeit lernte sie Mr. Low kennen, der sich ihr begeistert anschloß und die große Mission ihres Lebens zu seiner eigenen machte.

„Heute zum erstenmale," schloß die Prophetin feierlich, „habe ich das Geheimnis meiner Sendung enthüllt. Mag ich immerhin Unglauben, ja Spott und Gelächter ernten, ich bin gegen alle Verachtung gefeit! In mir ist Wahrheit, und Wahrheit ist meine Sendung — ich würde selbst auf dem Scheiterhaufen kein Wort meines Bekenntnisses zurücknehmen."

(Fortsetzung folgt.)

festhalt werden. Wegen dieses Aufsatzes wurde Werner am 24 Januar d. J. verhaftet mit der Begründung, daß eine hohe Strafe zu erwarten sei und somit Fluchtverdacht vorliege. Das Landgericht Guben setzte den Haftbefehl trotz Angebots einer Kaution in beliebiger Höhe außer Kraft und erst am 8 Februar bedurfte das Kammergericht die Haftbefehlung Werners gegen eine Kaution von 5000 Mk. an. Am 16 Februar wurden sodann der Redakteur und drei Setzer der „Märkischen Volkszeitung" in Zeugniszwangshaft genommen und erst nach Verlauf von 17 Tagen auf erhobene Beschwerde in Freiheit gesetzt. Nunmehr hatte sich Genosse Werner, der eben wegen des Siegesdenkmalartikels zu 3 Monaten Gefängnis verurteilte, wegen dieses Aufrufes vor der dem Sorauer Amtsgericht beigegebenen Strafkammer zu verantworten. Nach längerer Verhandlung beantragte der Staatsanwalt „nur" 1 Jahr Gefängnis. Das Gericht verurteilte Genosse Werner zu 400 Mark Geldstrafe. — Eine Klassenjustiz gibt es natürlich in Deutschland nicht!

Aus Nah und Fern.

Weinpantscherei en gros. Aus Frankenthal (Pfalz) wird gemeldet: Wegen Weinfälschung wurde der Weinhändler Schneider in Neustadt a. d. Hardt zu 5 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, und sein Buchhalter Schober zu 2 Monaten Gefängnis und 1500 Mk. Geldstrafe verurteilt. Die in Betracht kommenden 20000 Liter Wein wurden vernichtet.

Butterfälscher. Die Düsseldorfer Strafkammer verurteilte den Agenten Theodor Mellen wegen Beihülfe zur fortgesetzter umfangreicher Butterfälschung, bei sofortiger Verhaftung zu einem Monat Gefängnis und 1000 Mk. Geldbuße. Er hatte in großem Umfange Verkäufe holländischer Butter, die durch Zusatz von Schweinefett und Oleomargarine verfälscht war, an deutsche Firmen vermittelt.

Die Flucht aus dem Zuchthaus. Der verwegene Ausbruch dreier Zuchthäusler aus der Strafanstalt in der Lehrter Straße hatte sein Nachspiel vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Wegen Meuterei waren der Tischler Hermann Baranowski, der Arbeiter Wilhelm Müller und der Handlungsgehilfe Otto Goldbach angeklagt. Alle drei sind schwere Verbrecher. Baranowski verbüßt jetzt eine sechsjährige Zuchthausstrafe. Müller ist ein Wilddieb, der wegen eines blutigen Renkonters mit einem Förster zu vierzehn Jahren Zuchthaus verurteilt ist. Goldbach verbüßt wegen schweren Diebstahls eine Zuchthausstrafe von acht Jahren. Die Angeklagten waren in drei Zellen nebeneinander interniert und wurden in diesen mit Schneiderarbeiten, mit Herstellung von Schutzmannshosen und Mänteln beschäftigt. Baranowski hatte schon früher einen Ausbruchsversuch gemacht, indem er die Traillen des Fensters zu durchschneiden versuchte. Zunächst stellten sie eine Art Telephon her, indem sowohl Müller als auch Goldbach mit Hilfe des um ihren Eimer befindlichen Drahtes von ihrer Zelle eine kleine Oeffnung nach der zwischen ihnen liegenden Zelle des Baranowski bohrten. Durch diese kleine Löcher unterhielten sie sich von Zelle zu Zelle und heckten bis in die kleinsten Details den Fluchtplan aus. Es wurde verabredet, die Flucht durch die Decken zu bewerkstelligen. Aus Zwirn, den sie sich nach und nach bei der Schneiderarbeit ersparten, fabrizierte Baranowski mit vieler Mühe eine Art Strick, mit dessen Hilfe sie hofften, sich vom Dach herablassen zu können. Es gelang auch, diesen Strick vor den Augen der Wächter zu verbergen. In zwei Nächten erweiterten sie die Löcher in den Wänden, die an Stellen angebracht waren, die von der Abortwand verdeckt wurden. In der Nacht vom 11. zum 12. Februar machten sie sich ans Werk. Goldbach und Müller krochen durch die genügend erweiterten Wandlöcher in die Zelle des Baranowski, und hier bohrten alle drei mit außerordentlichen Schwierigkeiten ein Loch in die nach dem Boden führende Decke. Als Werkzeug benutzten sie Draht, den sie aus ihren Bettstellen losgerissen hatten. Während der eine hoch oben in gefährlich schwebender Lage arbeitete, fingen die beiden anderen den herabfallenden Kalk auf untergehaltenen Betten auf, um alles Geräusch zu vermeiden. Unter Anwendung einer erstaunlichen Kletterkunst schwangen sie sich durch die Deckenöffnung, kamen in einen Luftschacht und kletterten von dort auf den Boden und das Dach. Baranowski gelang es dann mit Hilfe des fabrizierten Strickes, ins Freie zu gelangen. In der Zwischenzeit war es aber schon 6 Uhr morgens geworden, und die beiden anderen wurden abgefaßt. Müller war bei seinem Versuche, über die Mauer zu entkommen, gestürzt und hatte ein Bein gebrochen. Baranowski hat sich auch nur anderthalb Tage der Freiheit erfreuen können. Auf der Suche nach seiner in Schöneberg wohnenden Frau, deren Hausnummer er nicht kannte, wurde er nach der Beschreibung des Berliner Polizeipräsidiums von einem Schutzmann erkannt und festgenommen. Der Gerichtshof verurteilte die Ausbrecher zu je einem Jahr Gefängnis.

Geheimnisse einer Berliner Polizeiwache. Eine behauptete Mißhandlung auf der Polizeiwache, die sich von Fällen ähnlicher Art dadurch unterscheidet, daß das Strafverfahren durch den Reviervorstand des angeklagten Schutzmannes Max Brischkowski veranlaßt worden ist, beschäftigte die 2. Strafkammer des Landgerichts I in Berlin. Der Angeklagte ist seit 7 Jahren Schutzmann, hat sich noch nichts zuschulden kommen lassen, scheint aber die Zuneigung des Polizeileutnants Nestler, der erst seit kurzem Vorstand des 52 Polizeireviers geworden war, nicht zu besitzen. Letzterer schilderte in seiner Strafanzeige den Angeklagten als einen dienstunlustigen, der unvermeidlichen straffen Disziplin abholden Beamten. Am 29 März gegen Mittag brachte ein Kriminalschutzmann einen elfjährigen Jungen, der in dem Verdacht stand, einige neue Schlüssel gestohlen zu haben, nach dem 52. Polizeirevier. Der Knabe sollte zuerst seinen Eltern zugeführt werden, da diese aber zu Hause nicht anwesend waren, wurde er auf die Wache gebracht. Der in dem Polizeirevier seit etwa einem Jahre beschäftigte Schutzmann Brischkowski nahm den Jungen in Empfang und brachte ihn in die Zelle. Da die letztere dunkel ist, fürchtete sich der Junge und fing heftig an zu weinen und zu schreien. Infolgedessen schloß der Angeklagte die Zellentür auf, trat auf den Jungen zu und wollte, wie er behauptet, ihn zur Ruhe verweisen. Er behauptet, daß der Knabe in höchster Erregung geschrien und mit Händen und Füßen um sich geschlagen habe, während er sich auf die Bank hingeworfen gehabt habe. Da habe er den Knaben am Rock gefaßt, ihn aufgerichtet und ihm geboten, ruhig zu sein. Da sei plötzlich der Polizeileutnant auf der Bildfläche erschienen und habe ihm anbefohlen, sofort aus der Zelle herauszukommen. Dann habe ihm der Leutnant gesagt: „Sie haben den Jungen geschlagen!" und als er dies entschieden bestritt, habe der Knabe erklärt: „Er hat mich doch geschlagen!" Der Leutnant habe den Knaben dann mit ins Bureau genommen und habe dort die Behauptung desselben aufgenommen, daß ihm der Schutzmann eine Ohrfeige versetzt und am Ohr gezaust habe. Darauf ist das Strafverfahren gegen den Schutzmann veranlaßt worden. Der Angeklagte bestritt im Termin die Behauptung des Knaben, die dieser in etwas erweiterter Form wiederholte, indem er behauptete, daß er nicht nur eine, sondern mehrere Ohrfeigen erhalten habe. Die vernommenen Zeugen haben das Schreien des Knaben gehört, eine Mißhandlung aber nicht beobachtet. Der als Zeuge vorgeladene Polizeileutnant Nestler war nicht zur Stelle, auch eine Entschuldigung war nicht eingegangen. Ein Schutzmann teilte mit, daß Leutnant N. schon seit einigen Wochen krank sei, worauf der Vorsitzende erwiderte, daß es doch zweckmäßig gewesen wäre, dem Gerichtshofe rechtzeitig hiervon Mitteilung zu machen. Der Verteidiger erachtete eine Vernehmung des Leutnants für entbehrlich. Die ganze Art und Weise, wie der Polizeileutnant Nestler seinen Bericht über den Angeklagten erstattet habe, lasse keinen Zweifel darüber, daß der Leutnant alles, was dieser zu Ungunsten des Angeklagten anführen konnte, schon in seinem Bericht mitgeteilt habe, und durch seine Vernehmung man in der Sache keinen Schritt vorwärts kommen würde. Auf die bloße Behauptung des elfjährigen Knaben hin, der in seinen Angaben auch noch schwankend gewesen sei, könne eine Verurteilung aber nicht erfolgen. Das Gericht schloß sich diesen Ausführungen an, hielt eine Vernehmung des Polizeileutnants nicht für erforderlich und sprach den Angeklagten frei. — Wie soll denn nun eigentlich eine etwaige Verprügelung des Jungen bewiesen werden? Wäre Pergament sein Rücken und Tinte jeder Schlag — dann wäre vielleicht die jetzt für überflüssig erachtete Aussage des nicht vernommenen Belastungszeugen entbehrlich gewesen.

Zur „Borussia"-Katastrophe wird aus Dortmund berichtet: Gegen den Betriebsführer Rüther ist jetzt wegen des „Borussia"-Unglücks Anklage wegen fahrlässiger Tötung und Uebertretung von Bergpolizei-Verordnungen erhoben worden. — Endlich!

Der Polizeiinspektor als Großherzog. Aus dem byzantinischen Reiche des 20. Jahrhunderts berichten die „Wormser Nachrichten": „Eine kräftige Ovation durfte heute vormittag der Herr Polizeiinspektor genießen. Auf der Kaiser-Wilhelm-Straße hatten die Schulen Probeaufstellung für das Rosenfest genommen. Herr Polizeiinspektor Bischoff hatte die Ehre, den Großherzog zu markieren. In einem Wagen kam er vom Bahnhof und durchfuhr in voller Grandezza und mit leutseligem Neigen nach links und rechts das von den Kindern gebildete Spalier. Rauschende Hochrufe aus den kleinen Kehlen schallten ihm entgegen. Die Kinder machten ihre Sache vorzüglich und auch der Herr Polizeiinspektor zeigte sich auf der Höhe der Situation."

Der disziplinwidrige Schnupfen. Ein böses Kontrollversammlungserlebnis hatte unlängst in Magdeburg ein Rechtsanwalt, der im militärischen Verhältnis der Ersatzreservisten steht. Dem „Berl. Tagebl." wird darüber berichtet: „In einer Kontrollversammlung für die Ersatzreservisten in Magdeburg erhielt ein Magdeburger Rechtsanwalt vierundzwanzig Stunden Mittelarrest, weil er — wegen heftigen Schnupfens — sich die Nase putzte, obwohl fünf Minuten vorher „Stillgestanden" kommandiert war. Der Vorfall trug sich wie wie folgt zu: Nach dem Kommando „Stillgestanden" setzte der Kontrolloffizier den Erschienenen in längerer Rede auseinander, welcher Strafgewalt sie an diesem Tage unterständen. Der miterschienene Rechtsanwalt Dr. S. litt an heftigem Schnupfen, der, als der Offizier schon eine zeitlang geredet hatte, zu wirken begann. Dr. S. merkte, daß ihm der Nasenschleim über die Lippen laufen würde, und verspürte einen heftigen Niesreiz. Unwillkürlich zog er das Taschentuch, worauf der Kontrolloffizier 24 Stunden Mittelarrest über ihn verhängte. Der Rechtsanwalt ging nach der Kontrollversammlung an den Kontrolloffizier heran und entschuldigte sich, aber die Bitte um Erlaß der Strafe oder um Strafaufschub wurde mit den Worten abgelehnt: „Das ist mir ganz egal!" Dr. S. wurde sofort abgeführt und erst nach mehreren Stunden auf dem Bezirkskommando entlassen, da ihm „ausnahmsweise" auf wiederholtes Ersuchen gestattet wurde, die Strafe erst vom Sonnabend bis zum Sonntag abzubüßen. Seine eingereichte Beschwerde wurde vom Kommandeur des Landwehrbezirks als unbegründet zurückgewiesen, da nach dem Kommando „Stillgestanden" nicht gestattet sei, die Nase zu putzen. — Die Strafe und die Art des Vollzuges erscheinen besonders hart, da es sich um einen Ersatzreservisten handelt, der nicht mit der Waffe gedient hat, und dem daher die militärische Disziplin in Sachen der Handhabung des bürgerlichen Taschentuches nicht „in Fleisch und Blut übergegangen" ist. Ein Zivilist, der nie die Uniform getragen hat, kennt nicht die hypnotisierende Wirkung, die das Kommando „Stillgestanden" auf den ehemaligen Soldaten ausübt, und es liegt ihm anderseits durchaus fern, durch eine halb unbewußte — und das war in diesem Fall die Benutzung des Taschentuchs — Zuwiderhandlung die Disziplin verletzen zu wollen.

Brennender Dampfer. Aus Baltimore wird gemeldet: Die Mannschaften des beim Brande der Docks der Merchants and Miners Company mitverbrannten Dampfers „Essex" sind gerettet bis auf zwei Mann, die vermißt werden.

Ein neuer Gaunerkniff. Die große Liste der Kniffe, mittels deren raffinierte Gauner auf mühelose Weise in Besitz des Geldes anderer Leute kommen, wird durch einen Vorfall, eigentlich eine Reihe von Vorfällen, die die deutsche Pariser Zeitung aus Paris mitteilt, um eine neue interessante Nummer bereichert. Ein junger Mann passiert die Straßen im selben Augenblick, in dem von der gegenüberliegenden Seite ein anderer Fußgänger hinüber will. Mittlerweile rollt ein Wagen heran; dem einen gelingt es noch, mit knapper Not auszuweichen, der andere gerät unter die Pferde, entgeht jedoch den Rädern und kommt mit einer leichten Verletzung davon. Die Szene lenkt große Aufmerksamkeit auf sich. Eine Menge junger Leute macht ihrem Aerger gegen den unbedachten Kutscher Luft, der, obwohl es ihm möglich gewesen wäre, nicht zur rechten Zeit eingehalten habe. Endlich tritt majestätischen Schrittes ein Schutzmann unter die Streitenden. Ein wohldistinguierter Herr gibt ihm die Aussage ab, daß der Unglücksfall durch Verschulden des Kutschers geschehen sei. Vor Gericht wird der arme Wagenlenker seiner Schuld vollständig überführt und dem Verletzten Anspruch auf ein hohes Schmerzensgeld zugebilligt. Wo steckt die Flöte? Man würde sie nicht merken, wenn der Fall sich diamal ereignet hätte. Als er sich aber wiederholte, ging man daran, ihn näher zu prüfen. Es erwies sich, daß die zusammengelaufenen Leute immer die gleichen Gesichter hatten. Wo immer der Unfall geschah, ob draußen in La Villette oder in einem der inneren Viertel — Zeugen, entrüstete Personen und Opfer waren dieselben. Ein kleiner Rollenwechsel vollzog sich von einem zum anderen Mal. Der Polizei ging das Geheimnis bald auf. Nach kurzen Recherchen kam sie dahinter, daß ein Konsortium an der Geldsumme der Beschädigten Anteil hatte und solche Unglücksfälle inszenierte. Man fand in der Wohnung eines der Aktionäre ein wohlgeordnetes Geschäftsinstitut vor und konnte aus Büchern entnehmen, daß es sich um hübsche Summen handelte. Die Gesellschaft wurde festgenommen.

Letzte Nachrichten.

Breslau. Die Töpferaussperrung ist beendet. Vor dem Einigungsamt ist gestern durch eine gemeinsame Kommission von Arbeitgebern und Arbeitnehmern des Töpfergewerbes eine Einigung zustande gekommen, indem die Arbeitnehmer die ihnen bewilligte Lohnzulage von 7 Proz. annahmen. Sowohl in den Breslauer wie in allen übrigen deutschen Ofenfabriken soll Anfang nächster Woche die Arbeit wieder aufgenommen werden.

Stettin. In Wusterbarth bei Schivelbein in Pommern wurde die von ihrem Manne getrennt lebende Bauersfrau Raddatz nachts von dem 29jährigen Tagelöhner Albert Bädke grausam ermordet und beraubt. Der Mörder ist flüchtig. Ein im Stall der Raddatz übernachtender Wanderer ist ebenfalls tot und beraubt aufgefunden worden.

Osnabrück. Auf der Zeche „Perm" bei Ibbenbüren wurden zwei Bergleute durch Sandmassen verschüttet. Beide sind tot.

Köln. Gelegentlich der Einführung eines jungen katholischen Geistlichen in Niewenhagen explodierte ein Böller, durch dessen Splitter ein Mann getötet, ein zweiter tötlich, ein dritter leicht verletzt wurde.

Liverpool. An Bord des kürzlich aus Amerika hier eingetroffenen Dampfers „Havesord" hat eine Explosion stattgefunden, die meilenweit zu hören war. Das Schiff, dessen ganzes Heck aufgerissen worden ist, wurde durch die Explosion in Brand gesetzt; doch gelang es, des Feuers Herr zu werden. Man meint, daß die Explosion, bei der neun Personen getötet und vierzig verletzt worden sind, durch eine Höllenmaschine herbeigeführt worden sein könnte.

Litterarisches.

Von der **„Neuen Zeit"** (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 37. Heft des 24. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalte des Heftes heben wir hervor: Das Fazit der letzten Reichstagssession. Von A. Bebel. — Eine ethisch-ästhetische Geschichte der Pariser Kommune. Von K. Kautsky. — Programm der Sozialrevolutionären Partei Rußlands. (Beschlossen auf dem Parteitag im Januar 1906) — Die belgischen Kammerwahlen. Von Camille Huysmans. — Zum Abschluß des Kampfes um die preußische Volksschule. Von Heinrich Schulz. — Organisation für die theoretische Bildung der Arbeiterklasse. Von J. Stern. — Litterarische Rundschau: Lic. Traub, Arbeit und Arbeiterorganisation. Von Georg Weill. — Die „Neue Zeit" erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporteure zum Preise von 3,25 Mk. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Der „Wahre Jakob" hat soeben die 12. Nummer seines 23. Jahrganges erscheinen lassen. Aus dem Inhalt derselben erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Väterchens Zukunft" und „Jeder Preuße ist vor dem Gesetz gleich", sowie die weiteren Illustrationen „Die nationale Tat", „Nationale Steuerpolitik", „Die Diebin im Gefängnis und die Kleptomane im Sanatorium", „Der Rosenfreund", „Monolog in der Wiener Hofburg", „Die Technik im Dienste des Patriotismus", „Juristische Rechenaufgabe", „Der Konflikt am Sinai", „Der Friedensengel auf der Walze", „Der Rattenfänger von St Petersburg" und „Eine Zurechtweisung". Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Ibsen" von Edgar Steiger, „Der Hamburger Bismarck-Roland", „Zentrumslied", „Raub und Recht", „Auf hohem Gerüst" von H. Böttcher, „An den Oberst a. D. von Wartenberg" und außer zahlreichen kleineren Beiträgen in Poesie und Prosa noch die satirischen Feuilletons „Koloniale Heilstätten" und „Steuerpolitisches", sowie die Novelle „Webers Honigmonden". Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pfennig.

Quittung.

Für die ausgesperrten Lithographen und Steindrucker gingen bei uns ein:

Zentralverband der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter Deutschlands (Zahlstelle Lübeck) . . . 20 Mk.

Expedition d. „Lüb. Volksb."

Wegen vorgerückter Saison gewähre ich **trotz der enorm billigen Preise auf sämtliche**

farbigen Schuhwaren

10% Extra-Rabatt.

Breitestrasse 52. Auguste Popp Breitestrasse 52.

Schweinefleisch	Pfd. 65 Pf.
Flohmen	Pfd. 60 Pf.
Bestes Schmalz	Pfd. 70 Pf.
Gekochte Wurst	Pfd. 70 Pf.
Leberwurst	Pfd 70 Pf.
Braunschweiger	Pfd. 50 Pf.
Preßkopf	Pfd. 50 Pf.
Kopf und Bein	Pfd. 25 Pf.

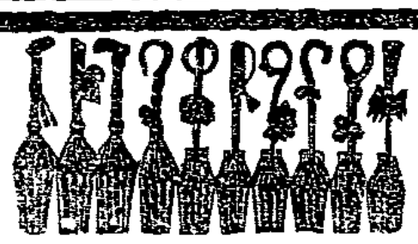
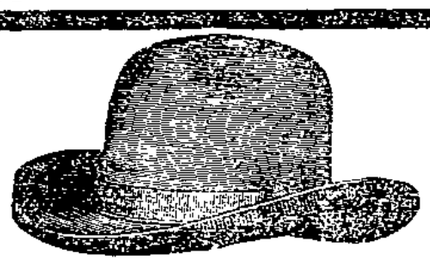
Wilh. Strohfeldt
Glockengiesserstr. 73
Markthalle 13, 14 u. 15.

Schuhwaren-Räumungs-Ausverkauf

wegen Geschäfts-Verlegung nach: Nr. 2 Hüxterdamm Nr. 2.

Preise bedeutend ermässigt. Zurückgesetzte Ware unter Einkaufspreis.
Trotz der billigen Preise rote Rabattmarken.

F. Meyer, 118 Hüxstraße 118.

Gebe rote Rabattmarken.
Wegen Aufgabe des Geschäfts

Total-Ausverkauf von

Sonnenschirmen,
Regenschirmen,
En-tout-Cas,

Stroh- und Filzhüten,
Zylindern und Mützen,
enorm billige Preise.

Schirmfabrik und Hut-Bazar
H. Stoppelman, Königstraße 73, Eingang Hüxstraße.

Empfehle
Pa. geräuch. Schinken
im Ganzen und im Ausschnitt
Oscar Keil
Schlachterei u. Wurstmacher. m. elektr. Betrieb
Fernsprecher 1447
Schwartauer Allee 65, Ecke Westhoffstr.

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16
Pa. Schweinefl. Pfd. 65 u. 70 Pf.
Pa. dicke Flohmen Pfd. 65 Pf.
Pa. dickes Eisbein (ohne Pfoten) Pfd. 40 Pfg., Kopf und Bein 25 Pfg., fetten u. magern Speck Pfd. 80 Pfg, bestes weißes Schmalz 70 Pfg., pa. gekochte Mettwurst, Leberwurst u ger. Leberwurst 70 Pfg, geräuch. Mettwurst Pfd. 80 bis 120 Pfg., Braunschweiger u Preßwurst 50 Pfg., Kuheuter 50 Pfg., Kopffleisch 30 Pfg, jeden Sonnabend von 5 Uhr an: Heiße Knackwurst.
ff. Aufschnitt ff.

---

ff. Meierei-Butter Pfd. 1.15 Mk.
Reiner Heidehonig Pfd. 50 Pf.
Kirschsaft Flasche 35 u. 45 Pf.
Apfelwein, Fl. 35 Pf., 10 Fl. 3 Mk.
Magd. Sauerkohl Pfd. 5 Pf.
Tilsiter Fettkäse - 60 Pf.
Guter Tilsiter - 40 Pf.
Alter Käse - 30 Pf.
Limburger Käse Stück 25 Pf.
Ed. Speck, Hüxstraße 80.

Empfehlungs-Karten
liefert prompt und sauber
Die Druckerei des Lüb. Volksboten.

Woll-Bössel

Hüxstr. 37 Laden rechts. **Hüxstr. 37**

Herren-Buckskin-Jack.-Anzüge
Mk. 8, 9, 10, 12, 15.
Herren-Cheviot-Jackett-Anzüge
Mk. 12, 13.50, 15, 17.50, 20.
Herren-Kammg.-Jackett-Anzüge
Mk. 15, 17, 20, 25, 30, 35.
Herren-Hosen
Mk. 1.75, 2.50, 3, 4, 5, 6, 8, 9.50.
Filz- und Strohhüte, größte Ausw., neueste Fassons, billigste Preise.
Neu aufgenommen. **Knaben-Anzüge,** größte Auswahl, billigste Preise.
Laden links:
Wollgarn u. Trikotagen-Spezial-Geschäft
Ankauf von roher Wolle.
Spinngeld für Wolle Pfd. 50 Pfg.

Achtung Maurer!

Ausflug

per Sonderzug
mit Musik

nach Ratzeburg

am Sonntag, 17. Juni, vormittags 11¾ Uhr.

Abmarsch mit Musik vom „Vereinshaus" um 11 Uhr vormittags.

Die Fahrkarten im Preise von Mk. 1 können schon jetzt jeden Abend bis 8 Uhr, sowie am Sonntag morgen von 8—9 Uhr im Bureau, „Vereinshaus", Zimmer Nr. 9, in Empfang genommen werden. — Meldungen werden noch bis Sonntag morgen 9 Uhr entgegengenommen. — Einführung gestattet.

Der Vorstand.

Saison-Ausverkauf

Alle nach beendeter Saison zurückgesetzten

Herren- u. Knaben-Garderoben

nur erstklassige Fabrikate in bekannt bester und vornehmster Ausstattung verkaufen wir zu

bedeutend herabgesetzten Preisen.

Herren-Jackett-Anzüge,	sonst 12.00, 17.00, 21.00 bis 45.00 Mk. ꝛc.,	**jetzt**	6.00	9.00	13.00	17.50	bis	27	Mk. etc.
Herren-Sommer-Paletots,	sonst 14.00, 18.00, 23.00 bis 42.00 Mk. ꝛc.	**jetzt**	9.00	13.00	18.00	23.00	bis	30	Mk. etc.
Jünglings-Anzüge,	sonst 8.00, 11.00, 15.00 bis 30.00 Mk. ꝛc.	**jetzt**	5.00	7.50	10.00	14.00	bis	21	Mk. etc.
Knaben-Anzüge,	sonst 3.00, 4.50, 6.50 bis 20.00 Mk. ꝛc.	**jetzt**	1.50	2.50	4.00	6.50	bis	12	Mk. etc.
Buckskin-Hosen,	sonst 2.50, 3.75, 5.00 bis 10.00 Mk.	**jetzt**	1.60	2.25	2.60	3.25	bis	6	Mk. etc.
Ein Posten Waschanzüge,	sonst 3.00 bis 9.50 Mk. .	**jetzt**	1.00				bis	3.00	Mk.

Knaben-Waschblusen, Leibchenhosen, Strohhüte, Fantasiewesten, Wasch- u. Lusterjoppen.

Spille & v. Lühmann, Lübeck, Sandstr. 17.

Gebe rote Lubeca-Marken

Birka 4600 Pfd.

Tilsiter Fett-Käse

in Staniol Pfd. nur **60** Pfg.,
in ganzen Broden Pfd. **57** Pfg.

Tilsiter Bruch-Käse

Pfd. **25** und **30** Pfg.,
in ganzen Broden **22** und **27** Pfg.

empfiehlt

Hans Dittmann,

obere Fleischhauerstr. 9.
Fernsprecher 1223.
Käse, Delikatessen, Fettwaren und Konserven.
en gros und en detail.

Gebe rote Lubeca-Marken

Gebe rote Lubeca-Marken

Gebe rote Lubeca-Marken

Verantwortlicher Redakteur für den gesamten Inhalt der Zeitung mit Ausnahme der Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie der mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Johannes Stelling. — Verantwortlicher Redakteur für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete" sowie die mit P. L. gezeichneten Artikel und Notizen: Paul Löwigt.
Verleger: Theodor Schwartz. — Druck: Friedr. Meyer & Co. — Sämtliche in Lübeck.